SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales

August 2002

Sozialer WAHL - Schlag im September ?

Seite 14:

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Politik in Zeiten des Wahlkampfes - das ist nichts für gemütliche Gemüter oder für Leute, die einfach nur wissen möchten, wohin die Reise geht. Auch nichts für Redakteure einer Monatszeitschrift übrigens, deren minutiös recherchierte Nachrichten über die aktuelle Position des Téte de la Course oft genug vom dahin(wohin?)rasenden Peloton sich rempelnder und vorzugsweise rechts überholender Polit-Pedaleure links liegen gelassen werden. (Ach ja, die Tour de France ... auch schon wieder Schnee von gestern.) Nichtsdestotrotz wollen wir versuchen, Sie in dieser letzten SPERRE vor der Bergwertung ‚Mont Bundestagswahl' mit möglichst punktgenauen Informationen über die sozialpolitischen Zwischensprints der Parteien und die entsprechenden Flachetappen in ihren Wahlprogrammen zu versorgen.

Eine dieser Etappen ist die Bildungspolitik. Seit PISA wissen wir ja, ***daß*** uns in puncto Bildung der Schuh drückt. Nur ***wo*** er drückt und ***wie*** er sich reparieren ließe - darüber streiten sich die Schuster. Wie die Kesselflicker. Mir ist dazu so dies und das aufgefallen. Ein Land wie Schweden zum Beispiel, das im Vergleich der europäischen Bildungssysteme ausgesprochen gut dasteht, versucht schon frühzeitig - nämlich im Vorschulalter - Kinder aus schwierigen Verhältnissen oder ausländischen Familien sprachlich und sozial zu integrieren. Auch Finnland nimmt ja einen PISA-Spitzenplatz ein. Die demütigende und demotivierende Abstrafung durch ‚Sitzenbleiben' kennt man dort nicht, das Schulsystem richtet sich an den Bedürfnissen der aufzunehmenden Schüler aus. Nicht umgekehrt wie bei uns, wo man an den jungen Menschen so lange herumknetet, bis sie endlich in eine der verschiedenen Schul-Schubladen passen. Oder eben nicht: „Ich bin abgestiegen", „Ich bin eine Niete", „Ich komme einfach nicht mit" - das sagen deutsche Schüler von sich selbst, wenn sie ein Schuljahr wiederholen oder sogar in eine tiefere Schulform wechseln müssen (wo es oft genug keinen Platz mehr für sie gibt ...). Schlimm! Und durch schön gedrechselte Wahlkampfparolen wird es leider nicht besser.

Auch nicht dadurch übrigens, daß nach Schätzungen von Fachleuten allein in Nordrhein-Westfalen vier bis fünf Milliarden Euro für die Sanierung maroder Schulgebäude fehlen, daß die Schulklassen immer größer werden statt kleiner, daß beispielsweise die Bezirksregierung Münster fünfzig Gymnasiallehrerstellen abbaut oder daß - wie jüngst an einem münsterschen Gymnasium geschehen - Schuldirektoren ihren Job als Durchlauferhitzer für eine lukrative Ministerialkarriere begreifen und nach einem einjährigen Schulleiter-Gastspiel auf Nimmerwiedersehen gen Düsseldorf entschwinden.

Noch eine kurze Bemerkung in eigener Sache: Ich möchte mich nämlich von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, verabschieden. Meine ABM-Stelle bei der SPERRE läuft aus. Wie schnell doch zwei Jahre vergehen! Zwei schöne noch dazu. Bei Ihnen möchte ich mich für Ihr Interesse bedanken und für die zahlreichen Anmerkungen und Anregungen, die uns als Leserbriefe oder als Eintragungen in unserem Internet-Gästebuch erreichten. Bei den guten Geistern hier im Hause bedanke ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit, für die vielfältige, oftmals ehrenamtlich geleistete Unterstützung und auch für manch tröstendes Wort, wenn unsere EDV ihren Job mal wieder als ‚Elektronische Daten-Vernichtung' mißverstanden hatte. Ich finde, wir haben hier in den vergangenen Jahren einiges auf die Beine gestellt. Vor allem die monatliche Erscheinungsweise der SPERRE, ihr gelungener und vom Publikum gut angenommener Internet-Auftritt und unser neuer Arbeitslosentreff MALTA sind vielversprechende Projekte, die sich weiterverfolgen und für die Zukunft hoffen lassen.

Ich wünsche Ihnen und uns alles Gute. Sicherlich ist es schwer genug, die Welt gerechter zu machen, und sei es auch nur ein ganz klein wenig. Trotzdem - oder gerade deswegen - dürfen wir nicht aufhören, uns zu artikulieren, uns zu engagieren und auch einzumischen. Dazu möchte ich Sie, liebe Leserinnen und Leser, herzlich ermuntern und einladen!

Michael Weist

Michael Weist

WAS DRIN IST

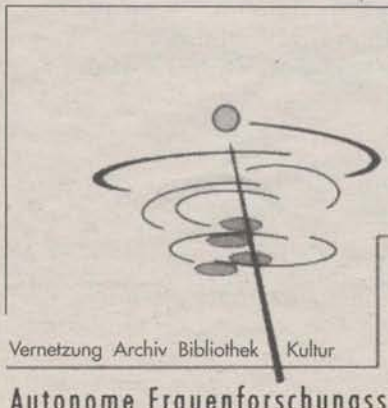
SEITE

- 4 **ZUM LEBEN ZU WENIG**
  Steuerklassenwahl und Arbeitslosengeld
  Die Wiedergeburt der Steuerklasse 2
  Riester-Rente für Arbeitslose
- 6 **LEIHARBEIT**
  Wem Hartz will rechte Gunst erweisen ...
- 9 **FRAUEN**
  RESPECT, Teil 2 - Die Rechte ausländischer Hausarbeiterinnen stärken!
- 10 **HART(Z)ER HUND(T)**
  Arbeitslose bekämpfen!
- 12 **EINSPRUCH - STATTGEGEBEN**
  Alles, was Recht ist, und Anwalttip
- 14 **DIE WAHL**
  Deutschland im Herbst: Droht der soziale Wahl-Schlag?

Michael Topp
Paul Demel
Rechtsanwälte

Bahnhofstraße 5 · 48143 Münster
Telefon 0251/4140505 · Fax 0251/4140506

Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein
belebend.



Achtermannstr. 10 – 12
48143 Münster
Tel. 0251 / 51 11 95
Fax: 0251 / 51 88 76
Net: www.muenster.org/schwarze-witwe
Mail: witwe@muenster.de

SCHWARZE WITWE

Öffnungszeiten
Mo: 14 - 16 Uhr
Di: 10 - 12 Uhr
Mi: 10 - 12 Uhr, 14 - 16 Uhr
Do: 14 - 16 Uhr
Fr: 10 - 12 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber:
Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V.
Achtermannnstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121
Telefax: (0251) 47914
E-Mail: sperre@muenster.de
abm@muenster.de
Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:
Heiner König (hk), Ralf Tieck (tie),
Arnold Voskamp (avo),
Michael Weist (mic, v.i.S.d.P.)

Mitarbeit:
Wilhelm Achelpöhler, Anne Neugebauer,
Stefan Rißmann (sr), Uli Wieners

Design, Layout, Satz:
Volker Hehn, Michael Weist,

Titel:
Volker Hehn

Web-Design: Stefan Rißmann

Anzeigen, Spenden:
Michael Weist

Bankverbindung/Spendenkonto:
Sparkasse Münster
BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Produktionsberatung:
Navigator Ateliergemeinschaft Ulrich Ruhe
Druck:
Druckhaus Lensing

Auflage: 4.000

Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement,
Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Oktober 2002):
4. Oktober 2002
Redaktionsschluß: 20. September 2002
Anzeigenredaktionsschluß: 27. Sept. 2002

Steuerklassenwahl und Arbeitslosengeld

Gerd verdient als Facharbeiter recht gut. Bis jetzt. Nun macht die Firma dicht und Gerd ist ohne Arbeit. Gerd kriegt nun Arbeitslosengeld. Seine Frau Doris arbeitet auch, halbtags als Verkäuferin. Sie verdient nicht so gut, aber zahlt viel Steuern, weil sie die Steuerklasse 5 hat. Gerd meint, das muß doch nicht sein, daß Doris nun noch die schlechte Lohnsteuerklasse 5 hat und soviel Steuern zahlt, während er auf das Arbeitslosengeld doch keine Steuern zahlen muß, aber die viel günstigere Steuerklasse 3 hat. Er könnte doch die Klasse 3 auf Doris übertragen und selbst in die Klasse 5 gehen. Gerd fragt noch seinen Steuerberater, und dieser bestätigt das. Er nimmt die beiden Steuerkarten mit zum Finanzamt und läßt den Tausch eintragen. Ordnungsgemäß sagt er auch dem Arbeitsamt Bescheid.

Ja, dumm gelaufen. Einen Monat später sieht er die Folgen. Zwar zahlt Doris nun keine Steuern mehr. Aber im Gegenzug hat das Arbeitsamt Gerds Arbeitslosengeld mehr als halbiert. Zusammen haben Gerd und Doris nun weniger als vorher. Das wußte Gerd nicht. Selbst der Steuerberater ist über das Arbeitslosengeld nicht gut informiert gewesen und hat Gerd schlecht beraten. Denn auf einem Umweg zahlt Gerd doch Steuern auf das Arbeitslosengeld. Das Arbeitslosengeld errechnet sich nämlich als fester Prozentsatz vom ***Netto***einkommen, und das Nettoeinkommen ändert sich mit der Steuerklasse.

Doris' Vorteil ist nur kurzfristig, denn mit der Steuererklärung im nächsten Jahr hätte sie sowieso die zuviel gezahlte Steuer zurückerhalten. Gerd dagegen kriegt seinen Abzug vom Arbeitslosengeld nicht rückerstattet. Es lohnt sich also, wenn Doris als verdienende Partnerin die schlechtere Steuerklasse hat, während der arbeitslose Partner Gerd beim Arbeitslosengeld höher eingestuft ist.

Und der Ärger geht nicht weg. Man könnte ja denken, daß Gerd und Doris die Steuerklassen einfach zurücktauschen sollten. Das geht jedoch nicht, möglich ist nur ein Tausch der Steuerklassen während des laufenden Jahres. Der Nachteil bleibt also für den Rest des Jahres bestehen und kann erst zum nächsten Jahreswechsel geändert werden. Wenn Gerd also nicht bald eine Arbeit findet, dann haben sich die beiden einen fetten Einkommensnachteil eingehandelt.

Gerd und Doris und ihr Steuerberater sind nicht die einzigen Unwissenden. Karl und Anna sind in der gleichen Situation. Sie haben auch ihre Steuerklassen getauscht. Sie haben aber die Änderung nicht im Arbeitsamt mitgeteilt, weil sie dachten, das spiele beim Arbeitslosengeld keine Rolle. Den entsprechenden Hinweis auf dem Schreiben vom Arbeitsamt hatte Karl nicht gelesen oder sich nicht gemerkt. Als Karl nach ein paar Monaten Arbeitslosenhilfe beantragt, legt er die geänderte Steuerkarte vor - und fällt aus allen Wolken. Zunächst mal fordert das Amt das zuviel gezahlte Arbeitslosengeld seit Änderung der Steuerklasse zurück, da muß er schon schlucken. Noch härter trifft ihn, daß das Arbeitsamt nun gegen ihn ermittelt: Wegen der fehlenden Meldung habe er eine Ordnungswidrigkeit begangen. Karl muß nun mit einem Bußgeld rechnen. avo

Die Wiedergeburt der Steuerklasse 2

Die Steuerklasse 2 ist die Steuerklasse der Alleinerziehenden. Gegenüber Menschen ohne Familie haben Alleinerziehende damit einen Steuervorteil - ähnlich wie die verheirateten Steuerzahler. Mit dem Steuervorteil soll die besondere finanzielle Belastung eines Menschen ausgeglichen werden, der allein für ein Kind zu sorgen hat.

In einer heftig umstrittenen Entscheidung hatte die Bundesregierung vor einem Jahr beschlossen, die Steuerklasse 2 abzuschaffen (die SPERRE berichtete). Wer schon vorher die Steuerklasse 2 hatte, für denjenigen sollte der Steuervorteil bis zum Jahr 2005 abgeschmolzen sein. Wer erst ab Januar 2002 alleinerziehend wurde - sei es durch Geburt eines Kindes, durch Trennung oder durch den Tod des Partners - , konnte den Steuervorteil der Steuerklasse 2 überhaupt nicht in Anspruch nehmen und wird seit Januar wie ein Single nach Steuerklasse 1 besteuert.

Gegen diese Entscheidung haben sich viele Sozialverbände gewehrt. Der *Verband der Alleinerziehenden Mütter und Väter (VAMV)* hat eine Klage beim Verfassungsgericht eingelegt, denn Familienförderung ist in der Verfassung verankert. Der *VAMV* hat mit der Schwester des Bundeskanzlers sogar eine prominente Mitklägerin gefunden.

Nun hat das politische Engagement der Alleinerziehenden einen ersten Erfolg gehabt. Die Bundesregierung hat nämlich unlängst die Abschaffung der Steuerklasse 2 für alle neuen Alleinerziehenden zurückgenommen. Alle neu Alleinerziehenden, die bisher nach Steuerklasse 1 besteuert werden, können nun ihre Steuerkarten vom zuständigen Finanzamt entsprechend ändern lassen. Künftig haben sie den gleichen Freibetrag wie diejenigen, die schon länger alleinerziehend sind. avo

Riester-Rente für Arbeitslose

Riesters Rentenreform sollte ja ein großer Wurf werden. Nach den bisher vorliegenden Bewertungen scheint es, was die Absicherung im Alter angeht, meist kein großer Gewinn zu sein. Auch die vorherigen Regierungen hatten auf dem Gebiet keine wertvollen Spuren hinterlassen. Eins ist jedenfalls sicher: Unsere Renten sind nicht sicher!

Mit der freiwilligen, staatlich geförderten Zusatzrente, der Riester-Rente, ist auf jeden Fall ein wichtiger Schritt zum Ausstieg aus der paritätischen Sozialversicherung getan, also aus der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen finanzierten Absicherung für diejenigen Arbeitnehmer, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr selbst verdienen können (die SPERRE berichtete). Abzusehen ist, daß auch in der Krankenversicherung die Arbeitgeber ihren finanziellen Beitrag zurückschrauben werden - zu Lasten der versicherten Arbeitnehmer.

Fotos: SPERRE

Aber zurück zur Altersvorsorge: Um die Riester-Rente wird auch ein halbes Jahr nach dem Start noch groß diskutiert. Versicherungen und Banken haben ihre Angebote fertig und verkaufen schon mehr oder weniger fleißig, daneben sind betriebliche Rentenkonzepte entwickelt worden. Oft werden die Riester-Renten-Angebote auch genutzt, um andere, möglicherweise bessere Vorsorgeangebote zu verkaufen.

Trotz der staatlichen Förderung scheinen die angebotenen Zusatzversorgungen vielfach ungünstiger zu sein als andere Zusatzaltersversorgungen. Vorteile haben wohl nur Menschen mit Kindern und mit unterdurchschnittlichen Einkommen, weil dann die Förderung einen großen Teil der Beitragssumme ausmacht. Das gilt im Prinzip auch für Arbeitslose. Deren Einkommen von Arbeitsamt und Sozialamt erfüllt auch die Bedingungen für optimalen Nutzen. Im Prinzip ...

Denn wer arbeitslos ist, löst eher Ersparnisse auf, als daß er neue schafft, weil er oder sie auf ein Drittel vom Einkommen oder auf noch mehr verzichten muß. Den verringerten gesetzlichen Rentenansprüchen mit anderweitigen Bemühungen zu begegnen, dazu besteht kaum ein Spielraum. Erst recht nimmt die Verarmung in der Sozialhilfe zu. Der geforderte Eigenanteil an den Beiträgen der Riester-Rente kann oft einfach nicht aufgebracht werden. Dann hilft es den Leuten auch nichts, daß die Ersparnisse der Riester-Rente nicht als Vermögen auf Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe angerechnet werden.

Wenn Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger aber doch einen kleinen Spielraum zu einer solchen Altersvorsorge haben, dann müssen sie nicht befürchten, daß sie schon etwas verpaßt haben, wenn sie nicht direkt im Januar einen Riester-Vertrag abgeschlossen haben. Für die staatliche Förderung ist es unwichtig, ob der Vertrag im Januar oder im Dezember abgeschlossen wird.

Die Verbraucherberatungen wollen im August einen umfassenden Test zur Bewertung der verschiedenen Angebote vorstellen. Wer sich interessiert, sollte noch warten, bis die Testergebnisse vorliegen. avo

sic
Sozialhilfeberatung im cuba
Achtermannstraße 10–12
48143 Münster Telefon 5 88 56
Beratungszeiten
Di.–Fr. 9–12 Uhr
Do. 15–17 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende
Do. 10–12 Uhr
Sozialhilfe-Sorgentelefon
Mo. 15–17 Uhr Telefon 4 35 44

Radlos ?
Neue und gebrauchte Fahrräder
Montag bis Freitag
10 - 13 Uhr
14 - 18 Uhr
LILA LEEZE
Frauenfahrradladen
Dortmunderstr. 11 Tel: 66 57 61

Bald ein Volk von Leiharbeitern?

Wem Hartz will rechte Gunst erweisen ...

... den schickt er in die Leiharbeit. So mancher Beobachter des Arbeitsmarktes unkt schon: In Kürze haben wir in der deutschen Arbeitswelt ein Volk von Leiharbeitern. Hebt man auf das Konzept der ‚Hartz-Kommission' ab, so ist man geneigt, dem zuzustimmen. Denn: Zeitarbeitsfirmen sollen den Arbeitsämtern angegliedert werden. 780.000 Arbeitslose sollen auf diese Weise Arbeit finden, also etwa ein Fünftel der jetzt knapp vier Millionen. So die Prognose der Kommission. Fraglich bleibt allerdings, ob dies tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden kann. Durch die Vermittlung arbeitsloser Menschen in eine Leiharbeit ist ja nicht schon ein neu geschaffener Arbeitsplatz vorhanden. Die Leiharbeitnehmer können so jedoch aus der Arbeitslosen-Statistik herausgenommen werden.

In Frage gestellt werden muß aber auch die Vermittlungspraxis und Handhabe der Zeitarbeitsfirmen hinsichtlich der von ihnen eingestellten Arbeitskräfte. Denn über diesem Markt der Zeitarbeitsunternehmen liegt mancher Grauschleier. Den gilt es zunächst einmal rigoros wegzupusten durch verbindliche, genaue Regelungen und Gesetze. Seit März dieses Jahres kann sich jeder Privatier für 20 Euro beim Gewerbeamt einen Berechtigungsschein als Arbeitsvermittler erwerben. Dieser - wie auch die bestehenden Zeitarbeitsunternehmen - sind lediglich in den ‚Gelben Seiten' und nicht mehr beim zuständigen örtlichen Arbeitsamt gemeldet. Dort liegen lediglich Verzeichnisse aus.

Die Arbeit eines Zeitarbeitsunternehmens ...

... am Beispiel des in Nordrhein-Westfalen tätigen Zeitarbeitsunternehmens START mit Sitz in Duisburg. Seit der Gründung am 1. Februar 1995 bis zum 31. Mai 2002 hat dieses Unternehmen 14.105 Erwerbslosen Arbeit verschafft. Davon waren 8.381 Menschen ‚schwer vermittelbar' - wie es im Fachjargon der Abeitsvermittler heißt. Der Sprecher von START, Michael Jeske, erläutert, wie START als Arbeitsvermittler funktioniert. Die Arbeitsuchenden werden nach sieben Kriterien eingestuft: 1.: Menschen mit Behinderungen, 2.: Menschen über 50 Jahre, 3.: Langzeitarbeitslose, 4.: Jugendliche unter 25 Jahren, 5.: BerufsrückkehrerInnen, 6.: ausländische Arbeitnehmer, 7.: Geringqualifizierte. In der Statistik der Vermittelten werden die, die mehrere Kriterien erfüllen, nur einmal aufgeführt. Beispiel: Ein jugendlicher Langzeitarbeitsloser mit geringer Qualifikation wird in der Statistik nicht dreimal registriert, sondern taucht nur einmal auf unter der Rubrik ‚Langzeitarbeitsloser'.

Im Arbeitsvertrag des von START eingestellten Arbeitnehmers sind die Höhe des Lohnes, der Urlaubsanspruch und der Einsatzort festgehalten. Und auch, daß der Arbeitnehmer im entleihenden Betrieb zeitweilig in anderen Bereichen eingesetzt werden kann.

Begebenheiten im Leiharbeiterleben

„Wenn ich mich noch einmal bei einer Zeitarbeitsfirma vorstellen muß, dann mache ich das auch - aber nur mit Zeugen!" Der 32-jährige Möbeltischler Rainer S. (Name ist der Redaktion bekannt) ist verärgert und erbost über die Einstellungspraktiken der Zeitarbeitsfirma T. in Münster. (Die Firma ist der Redaktion bekannt.) Und so fing alles nach seiner Darstellung recht merkwürdig an: „Am Freitagabend um 19 Uhr klingelte bei mir das Telefon", erzählt Rainer S.. Am anderen Ende der Leitung meldete sich ein Herr R.: „Wir suchen einen Tischler!" Erstaunt fragte Rainer S. nach, woher er denn seine Telefonnummer habe. „Aus dem Internet", kam die Antwort. Da Rainer S. sowohl Tischler als auch arbeitslos war, stimmte er einem Vorstellungsgespräch am nächsten Tag zu. Er fragte noch, welche Firma ihn denn einstellen wolle. „T. ... ", war die knappe Antwort. Damit konnte Rainer S. nichts anfangen, blätterte im Branchenbuch und fand die Firma unter der Rubrik ‚Zeitarbeit'.

Am nächsten Tag wurde er vom Mitarbeiter der Firma T. zunächst nach seinen Qualifikationen gefragt und ob er einen Stapler-Schein habe. Wozu brauche ein Möbeltischler einen Stapler-Schein, fragte er, erhielt aber keine Antwort. Er füllte einen Bewerbungsbogen aus. Dann legte der Mitarbeiter ihm einen Arbeitsvertrag vor. Handelseinig wurden beide Parteien nach einigem Hin und Her über die Höhe des Stundenlohnes. 10 Euro wurden geboten, 12 Euro sind Tarif, Rainer S. forderte 11 Euro. Damit handelte er sich den Vorwurf des Pokerns ein. Er wollte den Arbeitsvertrag über's Wochenende in Ruhe durchlesen, was jedoch abgelehnt wurde.

Nach flüchtigem Durchlesen des Vertrages forderte man ihn auf, zu unterschreiben. Er verstand immerhin die Frage nach dem Stapler-Schein, denn im Vertragstext hieß es unter anderem, daß er sich verpflichte, in dem jeweiligen Betrieb auch in anderen Bereichen eingesetzt zu werden. „Entweder, Sie erklären sich mit den Modalitäten des Vertrages einverstanden oder ich werde beim Arbeitsamt anrufen und sagen, daß Sie nicht wollen", wurde ihm erklärt. Seine Antwort: „Entweder arbeite ich als Tischler oder gar nicht!" Und er betonte: „In dieser Form unterschreibe ich den Arbeitsvertrag nicht." Er hielt diesen Arbeitsvertrag für einen Knebelvertrag. Der Mitarbeiter der Firma T. sah daraufhin keine Verhandlungsbasis mehr und informierte das Arbeitsamt. Dieses forderte Rainer S. postwendend auf, nochmals beim Leiharbeitsunternehmen T. vorzusprechen, ansonsten drohe ihm eine Sperrzeit. Rainer S. ließ sich nicht dazu drängen, den Arbeitsvertrag in der vorgelegten Form zu unterschreiben. Schon einmal, vor sieben Jahren, hatte sich Rainer S. als Leiharbeiter verdingt, allerdings bei einem anderen Zeitarbeitsunternehmen. Er wurde als Schreiner eingestellt und landete im Lager, sagt er. Damals hatte er den Passus über den Einsatz in anderen Bereichen des Entleih-Betriebes übersehen. Das sollte ihm nicht wieder passieren.

Jetzt ist Rainer S. wieder arbeitslos. Vom Arbeitsamt hat er seitdem noch nichts gehört. Und auch von der Firma T. nicht. „Für mich stellen sich Leiharbeitsfirmen schlicht als Nepper, Schlepper und Bauernfänger dar!" So das Fazit von Rainer S..

Der Lohn kommt per Verrechnungsscheck.

Karin S. und ihr Kollege Richard A. (Namen der Redaktion bekannt) schildern ihre Erfahrungen beim Zeitarbeitsunternehmen W. (die Firma ist der Redaktion bekannt) mit Sitz in Hiltrup. Karin S. war damals seit November 2001 arbeitslos. Ihren Job bekam sie aufgrund eines Angebotes vom Arbeitsamt: Bei der Zeitarbeitsfirma W. sei eine Stelle zu besetzen. Sie nahm die Stelle an und unterschrieb den Arbeitsvertrag. Rückblickend würde sie den nicht unterschrieben haben, sagt sie, wenn sie um die Folgen gewußt hätte. Sie ist nicht die einzige. Ihr Kollege Richard A., auch bei der Firma W. eingestellt, bestätigt als Betroffener den rüden Umgang des Arbeitgebers mit seinen Angestellten.

Und so fing es an: Für Karin S. waren die ewigen Nachtschichten bei ‚Westfleisch' unerträglich geworden, wo sie bis zum November 2001 als Packerin gearbeitet hatte. Sie hörte auf, meldete sich beim Arbeitsamt. Dieses vermittelte ihr den Job bei der Leiharbeitsfirma W.. In der Hähnchen-Fabrik in Steinfeld, wohin W. sie entlieh, hatte sie am Band Hähnchenfilets abzupacken. Lohn: nicht einmal 7 Euro die Stunde bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 37 Stunden. Die Belegschaft arbeitete in zwei Schichten: von 6 Uhr früh bis 14 Uhr und von 14 Uhr bis abends 23 Uhr.

Am 26. November 2001 begann Karin S. ihre Arbeit in der Hähnchen-Fabrik am Band. Das Betriebsklima am Arbeitsplatz war angenehm, nicht jedoch das Verhältnis gegenüber der Geschäftsleitung. Das stellte sie fest, als sie am 12. Juni nach der Arbeit auf dem Weg nach Hause stürzte und dabei ihre Zahnprothese verlor. Ihr Zahnarzt paßte die Brücke wieder an, nachdem er ihr zwei Zähne ziehen mußte, und schrieb sie für zwei Tage krank. Sie rief beim Arbeitgeber an, ließ die Krankmeldung überbringen. Gleichzeitig verwies sie darauf, daß sie am folgenden Montag wieder zur Arbeit erscheine.

„Das war der besagte Montag!", sagt Karin S. bedeutungsvoll. An diesem Tag lief alles schief. Um 12 Uhr sollte sie per Firmenwagen abgeholt werden zur Fahrt nach Steinfeld. Der Wagen kam ▶

nicht. Sie rief in der Firma an. Sie sei doch für zwei Wochen krank geschrieben, hieß es. Karin S. verwies auf ihr Telefonat. Der Firmenwagen kam dann doch. Der Fahrer, ein Russe, der kein Deutsch sprach, wollte die Tour nach Steinfeld über Hiltrup und die Autobahn machen. Karin S. schlug die kürzere Strecke über Greven vor. Eine heftige Diskussion entbrannte. Karin S. stieg dann in Hiltrup aus, ging schnurstracks ins Büro des Arbeitgebers. Dort hieß man sie, einen Urlaubsschein zu unterschreiben als Entschuldigung für diesenTag, an dem sie nicht arbeiten werde. Sie tat es. Für sie war alles korrekt. Als sie am nächsten Tag wieder zur Arbeit gehen wollte, erhielt sie die fristlose Kündigung wegen Arbeitsverweigerung. Karin S.: „Ich habe mir doch nichts zuschulden kommen lassen. Ich wollte doch arbeiten!" Ihr Urlaubsschein sei vernichtet, sie brauche gar nicht erst zu kommen, wurde ihr beschieden.

Ein klärendes Gespräch zur Richtigstellung der Sachlage kam nicht zustande. Sie erhielt mit der nächsten Lohnabrechnung Ende Mai für ihre Arbeit im Monat April auch gleich eine Vertragsstrafe in Höhe des Mai-Lohnes. „Ich habe im Mai für nichts gearbeitet," stellt Karin S. erbost fest. Jetzt will sie einen Rechtsanwalt konsultieren, denn sie fühlt sich absolut ungerecht behandelt. „Das sind Mafiamethoden!", so ihr Resümee.

Keinen Cent für Monat Mai!

„Die Firma W. schuldet mir noch 400 Euro netto!", erklärt Richard A. verärgert. „Und den Lohn für Mai!" Diese Summen werde er erfolgreich bei Gericht einklagen, ist er überzeugt. „Ich bin in die Leiharbeitsfirma gekommen in der Hoffnung, einen festen Job in einem Betrieb zu finden", erläutert Richard A.. Die Hoffnung war trügerisch, wie er bald feststellen mußte. Der gelernte Möbeltischler hatte sich im März beim Zeitarbeitsunternehmen W. beworben und wurde per 2. April als Lagerfacharbeiter und Staplerfahrer für einen Betrieb in Nordhorn eingestellt. Vor elf Jahren war er, ein deutscher Staatsbürger, aus Polen nach Münster übergesiedelt, wo seine Familie wohnt.

Sein Arbeitstag dauerte zwölf Stunden. Reine Arbeitszeit: siebeneinhalb Stunden. Die übrige Zeit ging für Hin- und Rückfahrten zwischen Münster und Nordhorn drauf. Er hat einen 14-jährigen, hyperaktiven Sohn und ist Alleinerziehender. Das lange Wegbleiben von zu Hause, sein Sohn unbeaufsichtigt - das störte ihn am meisten. Auf seine Frage, ob er nicht an einer anderen Arbeitsstelle in Münster eingesetzt werden könne, wurde er vertröstet: Man wolle sehen ...

„Die Praxis bei W. ist, die guten Arbeitskräfte in Betriebe zu schicken, die möglichst weit entfernt sind", erläutert Richard A.: Wegen der zu großen Entfernung vom Wohnort könne der Leiharbeiter eine ihm vom Entleihbetrieb angebotene feste Stelle nicht annehmen. In seinem Arbeitsvertrag stand: Stundenlohn: 6,55 Euro. Erst am 20. Mai erhielt er die Lohnabrechnung für den Monat April. Ausgewiesen: 6,14 Euro die Stunde. Er reklamierte. Nachzahlung wurde zugesichert. Die Löhne wurden per Verrechnungsscheck gezahlt, der anfangs vom Arbeitnehmer im Büro abzuholen war, später dann per Post ins Haus flatterte.

Bei der schweren körperlichen Arbeit zog sich Richard A. einen Muskelriß zu. Er hatte 20-Kilo-Kisten, gefüllt mit Geflügelfleisch, per Hand ohne technische Hilfsmittel zu stapeln. Vom 16. bis zum 26. April war er krank geschrieben. Die Firma W. verwies darauf, daß die Krankenkasse den Lohn zahle. Bewußte Irreführung. Die Kasse zahlt erst ab der sechsten Woche nach der Krankmeldung. Dementsprechend steht es auch im Arbeitsvertrag. Für April erhielt Richard A. dann 375 Euro Lohn und 100 Euro von der Krankenkasse. Ohne den Arbeitsausfall hätte er für April bei 21 Arbeitstagen 1.031,60 Euro erhalten, gut 800 Euro netto.

Nicht nur die unkorrekte Lohnzahlung und der noch ausstehende Lohn für Mai, sondern noch ein weiteres Ereignis veranlaßten Richard A., fristlos zu kündigen. Er sollte mit anderen Kollegen um drei Uhr früh an der Eissporthalle in Münster sein, um mit dem Firmenwagen Richtung Nordhorn abhgeholt zu werden. Es sei ihm unmöglich, dorthin zu kommen, erklärte er. Wer nicht erscheine, werde abgemahnt, hieß es. Dem ist Richard A. mit seiner Kündigung zuvorgekommen. hk

Die Beratung in der *cuba*-Sozialagentur ist kostenlos, freiwillig und vertraulich.

Achtermannstr. 10 - 12 (*cuba*), 1. Stock
Beratungstermine: Dienstag, Donnerstag von 9.00 bis 11.00 Uhr und nach Vereinbarung

Sozialagentur im cuba

Fon: 0251 - 51 88 80
Fax: 0251 - 51 85 43

Beratung für arbeitslose Sozialhilfeberechtigte

Die Rechte ausländischer Hausarbeiterinnen stärken!

RESPECT Teil 2

Im Jahre 2000 wurde das *RESPECT*-Netzwerk in Berlin gegründet. Unter seinem Dach sammeln sich Selbsthilfegruppen und -projekte wie die Kölner Beratungsstelle *Agisra* oder die *Zentrale Anlaufstelle für Pendler und Pendlerinnen aus Osteuropa (ZAPO)* in Berlin.

von
Anne Neugebauer

Klar ist inzwischen, daß immer mehr Frauen in den europäischen Ländern berufstätig sein wollen. Trotzdem zählen zu den ausschließlich weiblichen Aufgabenbereichen nach wie vor die Betreuung der Kinder und die Arbeit in ‚ihrem' privaten Haushalt oder die Pflege von Familienangehörigen. Die daraus entstehende Überbelastung führt leider nicht dazu, daß all diese alltäglichen Aufgaben endlich als Arbeit gesehen, geschlechtergerecht aufgeteilt und durch Arbeitszeitverkürzung im Erwerbsbereich von allen ohne Überlastung erledigt werden können. Nein, es werden verstärkt Haushaltshilfen, Kinderfrauen, Au Pair-Mädchen oder Putzfrauen beschäftigt. „Während früher hinter jedem berufstätigen Mann (mindestens) eine Frau stand", sagt Professorin Helma Lutz aus Münster, „steht heute hinter jeder berufstätigen Frau eine weitere Frau - oder mehrere."

Es wird geschätzt, daß die Mehrzahl der Putzfrauen Migrantinnen von außerhalb der Europäischen Union sind. Vermutlich sind viele Frauen aus osteuropäischen Ländern, gut qualifiziert, aber ohne Perspektiven in ihrer Heimat. Noch ist das vorherrschende Arbeitsverhältnis die stundenweise Beschäftigung in Haushalten. Das bedeutet: mehrere Jobs parallel, um davon leben und die Familien unterstützen zu können. Die Tätigkeiten umfassen Putzen, Kinder betreuen, Kochen, Einkaufen, Waschen und Bügeln. Die Zahl der Migrantinnen, die im Haushalt arbeiten und dort gleichzeitig Kost und Logis erhalten, nimmt auch in Deutschland zu. Eine Studie über die Situation philippinischer Hausangestellter in Deutschland berichtet, daß Frauen, die im Haushalt wohnen, wo sie arbeiten, nur zwischen 160 und 200 Euro verdienen - oftmals für Arbeitstage von bis zu 16 Stunden. „Ich kam nach Deutschland", berichtete eine Migrantin, „weil ich von einer deutschen Familie angestellt wurde, die mir 350 Euro im Monat plus Kost und Logis anbot." Die Arbeit umfaßte die Betreuung der vier Kinder, einer Katze sowie Kochen, Putzen und Waschen. Der Tag begann um 6.30 Uhr und endete gegen 18.30 Uhr. Dafür erhielt sie statt der zugesagten 350 Euro nur 250 Euro, abzüglich 100 Euro für das Flugticket und 50 Euro für eine Versicherung, also 100 Euro monatlich bei einem 10-Stunden-Tag. Nur durch Kontakt und Unterstützung durch andere gelang es der Frau, von dieser Familie wegzulaufen. Aber so einsam und isoliert finden nur wenige eine Möglichkeit, sich zu wehren und aus dieser unwürdigen Situation zu befreien - zumal, wenn sie sich illegal aufhalten. Zu ihrem Alltag gehören leider oftmals auch Verletzungen grundlegender Rechte.

Trotz unterschiedlicher rechtlicher Regelungen in der Europäischen Union haben die vergleichenden Studien von *RESPECT* viele Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Ländern ergeben:

- viele Hausarbeiterinnen arbeiten ohne Arbeitsverträge,
- sie werden häufig um ihren Lohn betrogen,
- die Arbeitsbereiche werden ständig erweitert und
- nicht selten sind die Arbeitnehmerinnen Gewalt und Mißhandlungen ausgesetzt.

In Konfliktfällen setzen ArbeitgeberInnen dann den ungeregelten Aufenthaltsstatus der Beschäftigten ein, um die Arbeitnehmerin zum Nachgeben zu erpressen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main veranlaßte im Jahr 2001 laut ‚Frankfurter Rundschau' eine Razzia. 350 Häuser wurden durchsucht und mehr als 200 illegal beschäftigte Haushaltshilfen wurden am selben Tag abgeschoben. Gegen die Arbeitgeber wurden Ermittlungsverfahren wegen des „Verdachts der Hinterziehung von Lohnsteuern und Sozialabgaben" sowie wegen „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz" eingeleitet.

Eine Ausstellung des FrauenAktionsBündnis' Münster
30. Juli bis 25. August 2002
im *cuba*, Achtermannstraße 10

"Frauen Power to Change"

- Forum zukunftsfähiges Münster
- Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen
- Umwelt und Gesundheit
- Stadtstruktur, Region, Verkehr
- Zukunftsfähige Bildung und Kultur

..... denn schließlich ist es unser Leben.

Kanzler Schröders ‚Hartz-Kommission' tut, was sie kann:

Arbeitslose bekämpfen!

Man kommt ja kaum noch hinterher: Die inoffiziellen Wasserstandsmeldungen aus der von VW-Manager Peter Hartz geleiteten Regierungskommission ‚Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' überschlagen sich nachgerade. Beinahe täglich lancieren Insider neue Schreckensmeldungen oder Entwarnungen. Nun ist es ja nichts Neues, daß politische Konzepte - oder was man dafür hält - in Wahlkampfzeiten dahinschmelzen wie Wahlversprechen in der Hitze der Wahlnacht. Neu ist auch nicht wirklich, daß eine Regierung im Angesicht des dräuenden Wählervotums blindwütigem Aktionismus anheimfällt und dem (Wahl-)Volk vorzugaukeln versucht, sie tue jetzt wirklich was. Was? Tja, das ist hier, wo es schließlich um Sein oder Nichtsein geht, die Frage. Jedenfalls etwas, wozu sie, die Regierung, nach der letzten Wahl immerhin vier Jahre Zeit gehabt hätte ...

Fünf Teilprojekte, dreizehn Module, gut und gerne dreihundertzehn Seiten: Der ‚Berichtsentwurf' der sogenannten ‚Hartz-Kommission' hat es in sich. Nicht nur, was die Menge bedruckten Papiers angeht. Bis zum Jahr 2005, so die Expertenkommission, ließe sich die Zahl der Erwerbslosen auf etwa zwei Millionen halbieren. Vorausgesetzt, die „radikalen Reformvorschläge" der Kommission würden in die Tat umgesetzt. Hier, in aller Kürze, die springenden Punkte des Berichtsentwurfes:

- familienfreundliche ‚Quick-Vermittlung' und Erhöhung der Vermittlungsgeschwindigkeit,
- Verschärfung der bestehenden Zumutbarkeitsregeln,
- Einrichtung von Job-Centern durch Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitsämtern,
- besondere Förderung jugendlicher Arbeitsloser,
- Ausbau der Zeitarbeit,
- verstärkte Berücksichtigung von Arbeitgeberinteressen bei der Vermittlung,
- Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Begrenzung der Arbeitslosengeld-Bezugsdauer auf zwölf Monate,
- Umbau der Landesarbeitsämter,
- Einführung von ‚Ich-AG's' oder ‚Familien-AG's',
- Einführung einer Arbeitsplatzbilanz für die Unternehmen,
- neue Überbrückungsstrategien für ältere Arbeitnehmer,
- transparenteres Controlling der Arbeitsämter,
- Hinwirken auf einen Bewußtseinswandel durch eine ‚Projektkoalition' der ‚Profis der Nation'.

Eines springt bei der Lektüre dieser Vorschläge ins Auge: Fast alle, die über rhetorische Vorwahlgymnastik hinausgehen, setzen ihre Daumenschrauben in schönster neoliberaler Tradition bei der Nachfrageseite an, also bei den Arbeitslosen oder, genauer, bei der Organisation der funktionalen Beziehungen zwischen Arbeitsamt und Arbeitslosem. Wie hingegen die auf der Unternehmensseite faktisch bestehende Beschäftigungslücke, in der verschiedenen Schätzungen zufolge fünf bis sechs Millionen Arbeitsplätze schlicht fehlen, geschlossen und so die Arbeitslosigkeit tatsächlich nachhaltig reduziert werden könnte - dazu hüllen sich die sogenannten Arbeitsmarkt-Experten in Schweigen. Vielleicht ist das ja auch besser so ...

Für die Arbeitslosen werden vor allem folgende vier Vorschläge der ‚Hartz-Kommission' einschneidende Veränderungen mit sich bringen: die Verschärfung der Zumutbarkeit, der Ausbau der Zeitarbeit, die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe sowie die Einführung der ‚Ich-AG'.

Die Zumutbarkeit

Peter Hartz hat für die angestrebte Verschärfung der bestehenden (scharfen!) Zumutbarkeitsregelungen eine schöne Überschrift parat: „Neue Zumutbarkeit und Freiwilligkeit". Klingt schön, nicht wahr? Auch diese Forderung der Kommission hört sich doch gar nicht so schlecht an: „Die Zumutbarkeit sollte stärker als bisher nach individuellen Kriterien bestimmt werden." Doch - Kreidefressen hin, Kreidefressen her - im Schafspelz steckt ein hart(z)er Hund(t). Und der will, daß junge Arbeitslose künftig für einen Job bundesweit umziehen sollen, daß längere Pendelzeiten ebenso zumutbar sein können wie die Unterhaltung einer Zweitwohnung am Arbeitsort, daß der Arbeitslose gegebenenfalls untertarifliche Bezahlung akzeptieren und in Zukunft selbst beweisen muß, daß eine ihm angebotene Stelle unzumutbar ist.

Die Zeitarbeit

Die Ausweitung und Deregulierung von Zeitarbeit spielt nach Auffassung der Kommission eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. O-Töne Peter Hartz: „Herzstück des Abbaus der Arbeitslosigkeit ist eine neue Form der Zeitarbeitsgesellschaft, die PersonalServiceAgentur (PSA). Jedes Arbeitsamt wird künftig über eine eigene oder outgesourcte (ausgelagerte, d. Verf.) PSA verfügen." Und: „Über die PSA können Unternehmen neue Mitarbeiter suchen, kostenlos auf Probe ... Mitarbeiter leihen ... oder die eigene Personaladministration entlasten." Man muß kein Prophet sein, um vorherzusehen, daß die kostenlose (also durch Steuergelder subventionierte!) Entleihung von PSA-Mitarbeitern dazu beitragen wird, Tarife auszuhöhlen und Stammbelegschaften zu verdrängen. Doch weiter im Hartz-Text: „Das Arbeitsamt bietet jedem Arbeitslosen ... die Möglichkeit einer Beschäftigung bei der PSA. ... Wenn der Arbeitslose nach 3 - 6 Monaten das Angebot nicht annimmt, erhält er nur noch das reduzierte Arbeitslosengeld." Und, last not least: „Faktisch führt die verstärkte Einschaltung von Zeitarbeitsfirmen ... aus der Sicht der Unternehmen zu einer Neutralisierung des Kündigungsschutzes ..."

Die Lohnersatzleistungen

Die ‚Hartz-Kommission' will die Arbeitslosengeld-Bezugsdauer auf maximal zwölf Monate begrenzen. Während der ersten sechs Monate der Arbeitslosigkeit sollen die Arbeitslosen ein pauschaliertes Arbeitslosengeld erhalten. Die jährliche Anpassung des Arbeitslosengeldes (Dynamisierung) fällt weg, was angesichts der Geldentwertung logischerweise einen schleichenden Leistungsabbau bedeutet. Arbeitslosen- und Sozialhilfe, so die Kommission, werden - beginnend „mit der Harmonisierung der bestehenden Systeme" - in einem ‚Eingliederungsgeld' zusammengefaßt. Zwar findet die Kommission hier eine Menge wunderschöner Worte: Sie spricht von einer „einheitlichen Geldleistung" und von einem „zukunftsfähigen Gesamtsystem", von „Front desk" („Einheitliche Gemeinsame Anlaufstelle für alle erwerbsfähigen und arbeitsmarktnahen Personen"), „Back Office" und „Casemanagement". Über die Höhe der neuen Leistung schweigt sie sich jedoch lieber aus. Je nach ihrem politischen Glaubensbekenntnis hoffen oder befürchten Beobachter, daß das ‚Eingliederungsgeld' faktisch eine Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau mit sich bringen wird. Verräterisch ist jedenfalls, daß man im Zusammenhang mit der „Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe" ... „Einsparungen in den jeweiligen (öffentlichen, d. Verf.) Haushalten" erwartet. Zu guter (?) Letzt sollen sogenannten ‚Arbeitsunwilligen' die Leistungen des Arbeitsamtes bis deutlich unter das heutige Sozialhilfeniveau gekürzt werden.

Die ‚Ich-AG'

Mit der Einführung der ‚Ich-AG' beziehungsweise der ‚Familien-AG' will die ‚Hartz-Kommission' vor allem eines erreichen: heutige Schwarzarbeiter aus der Schattenwirtschaft in den regulären Arbeitsmarkt zurückzuholen. Hiernach brauchen Kleingewerbetreibende, deren Umsatz eine bestimmte (noch nicht festgelegte) Summe pro Jahr nicht übersteigt, ihre Einnahmen bei gleichzeitiger Mindest-Sozialversicherung nur pauschal mit zehn Prozent zu versteuern. Für Arbeitslose soll die ‚Ich-AG' auch dadurch attraktiv werden, daß nur ein bestimmter (noch nicht festgelegter) Prozentsatz auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet wird. So macht man nicht nur einen neuen Niedriglohn-Sektor auf, sondern öffnet auch der - von Rot/Grün vehement bekämpften - Scheinselbständigkeit ein hübsches Hintertürchen. Zudem wäre die ‚Ich-AG' nichts weiter als eine subventionierte Konkurrenz regulärer Kleinunternehmer: Jeder Kleingewerbler, der sich heute mehr schlecht als recht über Wasser hält, wäre doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn er sich nach Inkrafttreten dieser Regelung nicht arbeitslos meldete und flugs eine ‚Ich-AG' gründete.

Das Papier, auf dem das ach so wegweisende ‚Job-AQTIV-Gesetz' (die SPERRE berichtete) gedruckt wurde, ist noch nicht richtig trocken, da steht der staunenden Öffentlichkeit mit der Expertise der ‚Hartz-Kommission' die nächste ach so grundlegende Arbeitsmarktreform ins Haus. Man könnte die Sache getrost als Vorwahlaktionismus oder als eine Beschäftigungstherapie für sogenannte Experten abtun, die sonst offenbar nicht genug zu tun haben - wären da nicht die schwerwiegenden Konsequenzen für diejenigen, die es - wie immer - zuerst erwischt: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Und letztlich auch für die, die heute (noch) einen Job haben und deren Arbeitsplatz durch die Konkurrenz von Ex-Arbeitslosen, die sich zu Billiglöhnen verdingen müssen, zunehmend bedroht wird.

Wie schon das ‚Job-AQTIV-Gesetz' werden auch die bis jetzt bekannten Vorschläge der ‚Hartz-Kommission' eines nicht schaffen: neue Arbeitsplätze zu erschließen, die sich - beispielsweise durch den massiven Abbau von Überstunden oder durch eine intensivere Bekämpfung der Steuerflucht und die so möglich werdende Erhöhung der staatlichen Investitionsquote - einer tatsächlichen Ausweitung des Beschäftigungssektors und nicht bloß puren Verdrängungsmechanismen am Arbeitsmarkt verdanken. mic

ALLES, WAS RECHT IST

Betriebliche Gründe bei der Ablehnung des Urlaubs

Eine Firma darf einem Vater mit mehreren Kindern einen Urlaubswunsch in der Ferienzeit nicht aus betrieblichen Gründen verweigern, wenn gleichzeitig einem genauso geeigneten Kollegen ohne Kinder der Urlaub gewährt wird.

Arbeitsgericht Frankfurt/M., 9 Ga 191/01, nach MZ

Geringfügig Beschäftigte und Urlaubsanspruch

325-Euro-Kräfte haben die gleichen Ansprüche auf bezahlten Erholungsurlaub wie andere Beschäftigte in der Firma, laut Gesetz mindestens 4 Wochen im Jahr. Sie müssen sich wie andere Arbeitnehmer selbst um die Verwirklichung ihrer Urlaubsansprüche kümmern. Haben sie mehrere Jahre lang keinen Erholungsurlaub genommen, dann steht ihnen nachträglich keine Entschädigung zu.

Arbeitsgericht Bocholt, 1 Ca 1601/00, nach MZ

Kündigung einer Schwangeren unzulässig

Eine Schwangere steht unter Kündigungsschutz. Ein Arbeitgeber darf ihr nicht kündigen, wenn er die Schwangerschaft kennt oder sie innerhalb von zwei Wochen nach der Kündigung erfährt. Dieser Kündigungsschutz gilt auch, wenn die Mitteilung der Schwangerschaft auf dem Postweg verloren geht.

BAG, 2 AZR 730/00 vom 16.5.02, BAG Pressemitteilung

EINSPRUCH!

Auf zur bundesweiten Großdemonstration am 14. September 2002 in KÖLN!

Solidarität, Mut, Kreativität, Aktionen, Motivation und Freude am Leben! Wir lassen uns vom Hartz(er)-Käse nicht den Geschmack verderben!

Alle Erwerbslosen beteiligen sich gemeinsam am zentralen Aktionstag
„Her mit dem schönen Leben – Eine andere Welt ist möglich!"
veranstaltet von Attac und den Jugendorganisationen von ver.di, IG Metall, IG BAU, Transnet, NGG – in Kooperation mit dem Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen und der Friedensbewegung

11–14 Uhr, Friesenplatz
„Gemeinsam arbeiten, gemeinsam kämpfen – Hände weg von der Arbeitslosenhilfe"
Kundgebung des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

- Mit kulturellen und politischen Beiträgen gegen die Angriffe auf die Rechte der Erwerbslosen (Hartz-Kommission)
- Mit Infoständen und Kleinaktionen der beteiligten Gruppen

14.30–17 Uhr
Gemeinsame Demonstration und Abschlusskundgebung

Info: Aktionsbüro Köln · Vogelsanger Str. 78 · 50823 Köln
Telefon (02 21) 9 52 78 90
www.bag-shi.de; www.labournet.de; www.attac-netzwerk.de; www.verdi.de

Die Koordination der An- und Abreise (Bus oder Bahn) läuft örtlich in Kooperation mit den ver.di-Bezirken und -Landesbezirken, den IG-Metall-Verwaltungsstellen, den Büros der DGB-Regionen, den lokalen Initiativen von Attac, der Gewerkschaftsjugend sowie über das Kölner Aktionsbüro
Anmeldung von Infoständen bis zum 20.8. (danach kann nur noch berücksichtigt werden, soweit der Platz reicht)

5.9.2002 – Der St. Florianstag (früher Jagoda-Tag) wird von den Erwerbslosen und Sozialhilfe Beziehenden zur Mobilisierung genutzt

Zum **Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen** gehören:
Arbeitslosenverband Deutschland (ALV), Bundesarbeitsgemeinschaft Unabhängige Erwerbsloseninitiativen (BAG-E), Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI), Bundeserwerbslosenausschuss (BEA) ver.di, Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen sowie Landeskoordinationen aus Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen

STADT MÜNSTER
Presse- und Informationsamt

Ganz Münster auf einen Klick
Infos und Service im Stadtnetz *publikom*

www.muenster.de
Münster-Portal: Stadt, Bürgernetz, Wirtschaft, Region

www.muenster.de/stadt
Service und Fakten aus der Stadtverwaltung

www.muenster.de/stadt/wohnungsamt
Online-Mietspiegel, Infos zum Wohngeld-Antrag

www5.stadt-muenster.de/schriften
Datenbank über städtische Veröffentlichungen

www.muenster.de/formulare
Wichtige Vordrucke, die meisten online ausfüllbar

www.muenster.de/stadt/presse
Täglich neu: Nachrichten aus dem Presseamt

www.volleyball-wm-2002.de
Alles über die Volleyball-WM der Frauen in Münster

ANWALTTIP

Von Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler

Arbeitslose und Vermögen, oder: Sparsamkeit lohnt sich nicht mehr.

Max (54) ist gekündigt worden. Er befürchtet, nicht gleich eine neue Stelle zu finden, sondern eine längere Zeit der Arbeitslosigkeit vor sich zu haben. Hoffnung auf Leistungen macht er sich allerdings nicht. Er hat mit seiner Kündigung eine stattliche Abfindung erhalten: 75.000 Euro. Welche Aussichten hat er, trotz dieses Vermögens nach Erschöpfung seines Anspruchs auf Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe zu erhalten?

Die seit dem 1. Januar 2002 geltende neue Arbeitslosenhilfeverordnung sieht einen Freibetrag von 520 Euro pro Lebensjahr vor, maximal 33.500 Euro. Danach wird sein Vermögen berücksichtigt. Max erhält deshalb keine Arbeitslosenhilfe. Anders als die bislang gültige Fassung der Arbeitslosenhilfeverordnung sieht die Neufassung aber keine Bestimmung mehr vor, wie lange dieses Vermögen berücksichtigt wird. Bislang war es so, daß das Vermögen so viele Wochen berücksichtigt wurde, wie sich nach der Teilung des Vermögens durch das frühere Arbeitsentgelt ergab. War danach das Vermögen noch vorhanden, durfte es nicht mehr angerechnet werden - sparsamer Lebenswandel lohnte sich also. Dies bestätigte das Bundessozialgericht zuletzt durch Urteil vom 19. Dezember 2001.

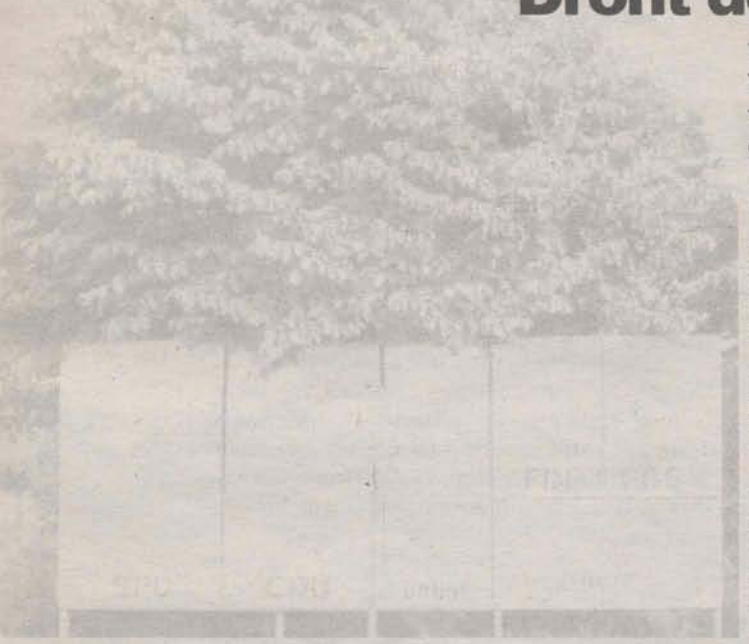
‚Zuletzt' ist hier angesichts der Neufassung der Arbeitslosenhilfeverordnung wörtlich zu nehmen. Da keine Dauer für die Berücksichtigung des Vermögens mehr festgeschrieben ist, muß es stets berücksichtigt werden. Max steht daher vor der Wahl: Entweder er verpraßt sein Vermögen, soweit es den Freibetrag überschreitet, bevor er einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe stellt - dieser Zeitpunkt ist für die Bewertung des Vermögens maßgebend - oder er flüchtet in ein selbstgenutztes Eigenheim, denn das wird bei der Berechnung des Vermögens nicht berücksichtigt. Die Anlage als Alterssicherung bringt ihm nichts, denn der dafür früher vorgesehene Freibetrag ist in dem deutlich erhöhten allgemeinen Freibetrag aufgegangen.

Rosta
BUCHLADEN
Aegidiistr. 12, 48143 Münster,
Tel.: 0251/4 49 26

Möbel-Trödel
CHANCE e.V.
Haftentlassenenhilfe
Spenden und kaufen
für einen guten Zweck
- preiswerte, gute 2. Hand-Möbel
- Haushaltsauflösungen
- Antik-Schnäppchen
Bohlweg 68a
Tel. 0251-42202

Am 22. September ist Bundestagswahl.

Deutschland im Herbst: Droht der soziale Wahl-Schlag?



Die Zeit fliegt an uns vorbei. Ganz besonders schnell in Wahlkampfzeiten: Was gestern lauthals angesagt war, wird heute nur noch hinter vorgehaltener Hand geflüstert und ist morgen nichts als Schweigen. Dieser Artikel beispielsweise wurde just an dem Tag fertiggestellt, an dem Herr Schröder Herrn Scharping entließ. Erinnern Sie sich noch an Herrn Scharping? Nur dunkel? Da können Sie mal sehen, wie schnell die Zeit fliegt. Und wie kurz unser Wähler-Gedächtnis doch ist. Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl wollen wir hier trotzdem versuchen, die sozialpolitischen Positionen der wichtigsten Parteien anhand ihrer Wahlprogramme miteinander zu vergleichen. Wir alle wissen: In den Programmen steht viel schöner ‚Wählt-uns-doch'-Schmonzes, so allerlei ist buchstäblich bis zur Kenntlichkeit verwässert. Dennoch haben wir uns große Mühe gegeben, Inhalte und, wo möglich, Unterschiede herauszulesen - was gerade bei den großen Parteien nicht immer einfach war. Man muß eben sein Augenmerk auf die Nuancen richten: Ist Deutschland ein Einwanderungsland? Oder ist es ‚bloß' weltoffen? Und wem es nicht billig ist, daß die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau abgesenkt wird, dem ist es womöglich durchaus recht, wenn sie einen Euro darüber liegt?! Also: Achten Sie ruhig auf die Feinheiten! Und versuchen Sie, immer auch das mitzulesen, was *nicht* in den Programmen geschrieben steht und was die Politiker *nicht* auf unsere konkreten Fragen geantwortet haben. Was nicht gesagt wird, muß nicht nichtssagend sein. Vielleicht finden Sie ja in diesem Bericht die eine oder andere Linie, an der entlang Sie Ihre Wahlentscheidung treffen und die Parteien nach der Wahl auch messen können. Tun Sie also diese SPERRE auf keinen Fall zum Altpapier! Aber wer tut sowas schon?!? ...

Thema: BILDUNG

Niemand bestreitet, daß Bildung zu den wichtigsten sozialen Ressourcen der Gesellschaft zählt. Seit PISA wissen wir allerdings, daß es um die deutsche Bildungslandschaft schlecht bestellt ist. Wie wollen die Parteien hier Abhilfe schaffen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen wollen „eine neue Bildungsreform starten". In ihrem Wahlprogramm ‚Grün wirkt' sagen sie klipp und klar: „Wir stehen für Teilhabe an Bildung für alle." Das bedeutet für sie vor allem, die Bildungszugänge für Mädchen und Jungen bedürfnisorientierter zu gestalten. Sie weisen auf den „Zusammenhang zwischen den Bildungschancen und der Herkunft der Jugendlichen" hin und konstatieren, daß es Jugendliche aus sozial schwachen Verhältnissen und/oder aus Migrationsfamilien in der Schule nach wie vor am schwersten haben. Die Grünen sehen den Wettbewerb der Bildungseinrichtungen untereinander als guten Weg, die Qualität der Bildung zu verbessern und Zugangshürden beziehungsweise ungleiche Startchancen abzubauen. Zu diesem Zweck fordern sie „mehr inhaltliche, personelle und finanzielle Autonomie" für die Bildungsträger.

Mit Blick auf die Qualitätssicherung der Bildung schwebt den Grünen ein Qualitätssiegel vor, mit dem die Einrichtungen ihre Angebote zertifizieren können. Mit dem Management der Kultusministerkonferenz sind sie nicht zufrieden: Föderalismus darf ihrer Meinung nach nicht zu einem „Schwarzer-Peter-Spiel zwischen den Ländern oder zu Stillstand zu Lasten unserer Kinder" führen. Sie plädieren daher für eine stärkere Moderatorenrolle des Bundes in Bildungsfragen. Was die Hochschulpolitik angeht, wollen die Grünen neben einer neuen Hochschulreform, die die Universitäten „auch für Studierende aus bildungsfernen Schichten attraktiver" macht und eine „Ausweitung des Angebots von Frauenstudiengängen" ermöglicht, ein BAFöG-System, das mehr elternunabhängige Anteile als bisher enthält. Eine soziale Selektion durch Studiengebühren lehnen die Grünen ab.

FDP

Für die FDP ist „Bildung das am meisten vernachlässigte Feld der deutschen Politik". In ihrem ‚Bürgerprogramm 2002' fordert sie „eine entschiedene Wende hin zur Freiheit für das Bildungswesen", eine Aufstockung des Bildungsetats und eine Neuverteilung der Verantwortung im Bildungsbereich. Die Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen will sie stärken, den Wettbewerb zwischen den Einrichtungen fördern und die freien Trägerschaften ausbauen. Nach Auffassung der FDP „zerredet die Kultusministerkonferenz notwendige Reformen". Sie plant deshalb, diese Konferenz der Länderminister abzuschaffen. Sie fordert die Einrichtung von Qualitätssicherungsagenturen, die „die Qualität von Schulleistungen überprü-

fen und zertifizieren", und eine „Stiftung Bildungstest" nach dem Vorbild der ‚Stiftung Warentest'.

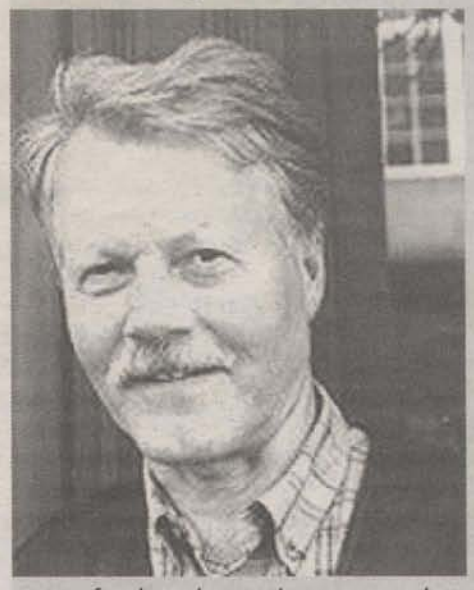
Die FDP richtet ihr Augenmerk auf die vorschulischen, die schulischen, die berufsbildenden und die universitären Bildungsbelange. Die Palette ihrer Forderungen reicht dementsprechend von einer besseren Ausstattung mit Kinderbetreuungsplätzen, einem „Kita-Gutschein" für Eltern und einem breiteren Angebot an integrativen Kindergärten für deutsche und ausländische Kinder über eine Ausweitung der schulischen Ganztagsangebote, eine „Gleichheit der Chancen am Start" ins Schulleben und eine praxisbezogenere Lehrerausbildung bis hin zu flexibleren, in Modulsystemen individuell gestaltbaren Berufsbildungsangeboten, zu „mehr Nachfragemacht" für Studierende und zu einer Abkehr von den „zentralistischen und bürokratischen Strukturen des jetzigen Hochschulwesens".

PDS

Für die PDS geht es in ihrem Wahlprogramm ‚Die linke Kraft' vor allem darum, Bildungszugang und -teilhabe gerecht zu gestalten: „Die Möglichkeiten des Zugangs und der Aneignung von Bildung, Wissen und Kultur entscheiden über soziale Chancen ... und gesellschaftliche Teilhabe jeder und jedes Einzelnen und damit zugleich über die Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaften." Die Partei weist auf die soziale Schlagseite des deutschen Bildungssystems hin: „Nur acht Prozent der Menschen aus unteren Einkommensschichten nehmen heute ein Hochschulstudium auf, während es bei einkommensstarken Familien über 70 Prozent sind." Dem hält sie entgegen: „Bildung und Wissen dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen."

Deshalb will die PDS neue Prioritätensetzungen für die bildungspolitischen Rahmenbedingungen. Sie fordert unter anderem ein institutionell gesichertes und öffentlich gefördertes Angebot an Kita-Betreuungsplätzen, kleinere Schulklassen, zeitgemäßere Bildungsinhalte und Lehrformen, mehr Ganztags- und integrierte Gesamtschulen sowie die Integration und Sprachförderung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Eine Privatisierung staatlicher Schulen und das Sponsoring schulischer Angebote lehnt die ▶

Die SPERRE fragt ...



... Winfried Nachtwei, den münsterschen Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen.

SPERRE: Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten wird zukünftig eher zu- als abnehmen. Ist das ‚Boot Deutschland' voll?

Nachtwei: Bündnis 90 / Den Grünen ist klar: Die Gestaltung von Einwanderung gehört zu den zentralen politischen Fragen der nächsten Jahre - sowohl in Deutschland als auch in Europa. Bei der Arbeitskräftezuwanderung wollen wir die Fehler der alten Gastarbeiterpolitik vermeiden. Migration muß immer auch die Perspektive eines Daueraufenthalts ermöglichen. Seit dem Anwerbestop 1973 hatten MigrantInnen keine legale Möglichkeit mehr, nach Deutschland zu kommen - außer über den Umweg des Asyls oder des Familiennachzugs. Nun endlich konnten wir die bisherige Abschottungspolitik mit dem Zuwanderungsgesetz beenden. Gleichzeitig haben wir eine Familiennachzugsregelung geschaffen. Rund 1,7 Millionen Menschen könnten so in den kommenden Monaten ihren Aufenthalt bei uns verfestigen. Wir Grüne haben sichergestellt: Keinem, der bereits hier lebt, wird es bei seiner Aufenthaltsverfestigung oder beim Kindernachzug durch das neue Gesetz schlechter gehen.

SPERRE: Nach unterschiedlichen Schätzungen fehlen in Deutschland 4,5 bis 6,5 Millionen Arbeitsplätze. Ist die Erhöhung des Druckes auf Arbeitslose das richtige Rezept, um diese Lücke zu schließen?

Nachtwei: Unser Ziel ist es, Zugangsgerechtigkeit zum ersten Arbeitsmarkt herzustellen. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist ein wesentlicher Schlüssel für mehr Beschäftigung, auch die Reform der Arbeitsverwaltung muß hierzu einen Beitrag leisten. Wir brauchen schnellere Vermittlung statt Langzeitarbeitslosigkeit. Die mögliche Umwandlung von Arbeitslosengeld in Lohnkostenzuschüsse wäre ein sinnvolles Mittel, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Die Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialämtern in Jobagenturen ist der richtige Weg, um Ar-beitsuchenden schnelle und professionelle Hilfe aus einer Hand anzubieten. Wir wollen auch Ent-bürokratisierung durch Pauschalierung: Das pauschale Arbeitslosengeld muß am letzten Einkommen ansetzen und mit aufgerundeten Beträgen arbeiten.

SPERRE: Bildung ist eine Schlüsselressource unserer Gesellschaft. Welchen Stellenwert hat für Sie die Chancengleichheit der Menschen beim Zugang zum Bildungssystem?

Nachtwei: Grüne Bildungspolitik steht für entdeckendes und selbständiges Lernen. Bildung soll die Menschen befähigen, ihr Leben verantwortlich zu gestalten. Hauptziel aller bildungspolitischen Bemühungen ist die Qualitätsverbesserung. Grundsätzlich setzen sich Bündnis 90/Die Grünen für mehr Eigenverantwortung und ein höheres Maß an Autonomie für alle Bildungseinrichtungen ein. Erst der Dreiklang aus Autonomie, Partizipation und Transparenz schafft die Grundlage dafür, unser Bildungssystem kontinuierlich zu verbessern. Wir wollen profilierte Schulen mit einem ganztägigen Angebot. Frühkindliche Bildungsangebote müssen dringend ausgebaut werden. Mehr Leistung durch Fördern statt frühes Aussortieren, Didaktik der Vielfalt und heterogene Lerngruppen sind wichtig für bessere Leistungen in Spitze und Breite. Wir wollen zudem die bessere Integration von MigrantInnen und die Öffnung der Schule gegenüber Dritten (Vereine, Künstler, Eltern).

SPERRE: Sind Sie für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe? Und wenn ja - auf welchem Niveau?

Nachtwei: Seit 1999 ist die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen zum ersten Mal seit Jahren wieder rückläufig. Es gibt allerdings weiterhin gravierende Probleme: Die Sozialhilfe ist wenig transparent und wird sehr bürokratisch gewährt. Manche Kommunen sehen in massiven Leistungskürzungen den einzigen Weg, ihren Pflichten noch gerecht zu werden. Die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung als eigenständiges steuerfinanziertes Leistungssystem ist ein wichtiger Baustein des grünen Ansatzes von mehr sozialer Sicherheit und Flexibilität. Deshalb planen wir eine Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der Grundsicherung, die allen Arbeitslosen den Zugang zu den Instrumenten der Arbeitsförderung öffnet. Als ersten Schritt einer umfassenden sozialen Grundsicherung haben wir übrigens in dieser Legislaturperiode die Altersgrundsicherung in der Rente eingeführt. Als zweiten Schritt wollen wir in der kommenden Legislaturperiode eine Kindergrundsicherung einführen.

Die SPERRE fragt ...

... Daniel Bahr, den münsterschen Kandidaten der FDP.

SPERRE: Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten wird zukünftig eher zu- als abnehmen. Ist das ‚Boot Deutschland' voll?

Bahr: Das ‚Boot Deutschland' ist nicht voll. Wir brauchen Zuwanderung im eigenen Interesse Deutschlands, Wahrung der humanitären Verpflichtungen und eine verbesserte Integration.

Zuwanderung kann den in vielen Branchen bestehenden Arbeitskräftemangel ausgleichen, sie soll jedoch nicht allein dem Fachkräftemangel abhelfen; die FDP setzt auf Ausbildung und Umschulung von Arbeitslosen zu benötigten Fachkräften. Qualifizierung und Weiterbildung plus Zuwanderung ist die richtige Lösung.

SPERRE: Nach unterschiedlichen Schätzungen fehlen in Deutschland 4,5 bis 6,5 Millionen Arbeitsplätze. Ist die Erhöhung des Druckes auf Arbeitslose das richtige Rezept, um diese Lücke zu schließen?

Bahr: Diese Lücke muß durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik geschlossen werden. Es fehlen Arbeitsplätze, und gleichzeitig gibt es zwei Millionen offene Stellen in Deutschland. Die Branchen sind also unterschiedlich betroffen. So werden zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe - auch in Münster - Arbeitskräfte gesucht. Die beste Arbeitsmarktpolitik ist also eine Mischung aus richtiger Wirtschaftspolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt, und einer Sozialpolitik, die Anreize zur Arbeitsaufnahme schafft.

SPERRE: Bildung ist eine Schlüsselressource unserer Gesellschaft. Welchen Stellenwert hat für Sie die Chancengleichheit der Menschen beim Zugang zum Bildungssystem?

Bahr: Bildung ist für mich Bürgerrecht. Erziehung, Bildung und Ausbildung junger Menschen zählen zu den vorrangigen Aufgaben der Gesellschaft. In unserem rohstoffarmen Land ist Bildung der entscheidende Standortfaktor für nachhaltigen Wohlstand aller. Bildung schafft damit die materielle Grundlage unseres modernen Sozialstaates. Wir wollen gleiche Chancen am Start. Jeder muß unabhängig vom Elternhaus Zugang zum Bildungssystem haben. Das bedeutet aber nicht: gleiche Ergebnisse am Ziel. Was jeder aus seiner Ausbildung macht, ist seine Sache.

Nicht zuletzt aus Gründen der Chancengerechtigkeit lehnen wir Studiengebühren ab. Die FDP wird den Anteil der Bildungsausgaben erhöhen und gibt Investitionen in Bildung und Forschung Vorrang in den öffentlichen Haushalten.

SPERRE: Sind Sie für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe? Und wenn ja - auf welchem Niveau?

Bahr: Die Arbeitslosenhilfe muß vollständig mit der Sozialhilfe zu einem System mit einer Leistung, differenziert nach arbeitsfähig und nicht arbeitsfähig, klaren Zuständigkeiten, eingleisigen Verfahren und schlankerer Verwaltung zusammengefaßt werden. Es gibt keine überzeugende Begründung dafür, warum es in Deutschland mehrere steuerfinanzierte Fürsorgeleistungen für einen Tatbestand, nämlich den der Arbeitslosigkeit, gibt. Allein die Verwaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe verbraucht jährlich rund 4 Milliarden Euro.

Die Sozialhilfe muß so ausgestaltet werden, daß sie den Bedürftigen ein Leben in Würde ermöglicht, die Selbständigkeit aller Hilfeempfänger stärkt und den Leistungsmißbrauch vermeiden hilft. Dazu gehört auch die Pauschalierung von Leistungen statt der bürokratischen und zu Mißbrauch einladenden Erstattung einzelner Aufwendungen.

PDS ab. Durch gezielte Förderung will sie leistungsschwachen und benachteiligten Jugendlichen zu einem vollwertigen Schul- oder Berufsabschluß verhelfen. Sie fordert eine Umlage-Beteiligung nicht ausbildender Betriebe an den Kosten der Berufsausbildung, eine bedarfsdeckende, elternunabhängige Ausbildungsförderung für Studierende aus einkommensschwachen Familien und einen gesetzlichen Ausschluß von Studiengebühren.

CDU/CSU

„Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte", betont die CDU/CSU in ihrem ‚Regierungsprogramm 2002 - 2006'. Für sie muß daher der Religionsunterricht ebenso seinen festen Platz im Fächerkanon der Schulen haben wie die grundlegenden Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens oder der Umgang mit den neuen Medien. „Der Religionsunterricht", so die CDU/CSU, „ist nicht nur Teil des Verkündigungsauftrages der Kirchen, sondern er bietet die wertvolle Möglichkeit, grundsätzliche Lebensfragen zu erörtern." Auch die Schule müsse daher „jungen Menschen helfen, der Frage nach Gott nachzugehen".

Die CDU/CSU will die Bildungs- und Kulturhoheit der Länder schützen. Sie fordert einen „transparenten und ehrlichen Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland" sowie Schulen, „die Leistung fordern und fördern". Zudem tritt sie für die Förderung von Hochbegabten ein, denn sie sieht in der „Heranbildung von Eliten eine Aufgabe des gesamten Bildungswesens". Mit Blick auf die Dauer der Bildungsphasen macht sich die CDU/CSU für kürzere Erstausbildungszeiten und eine Förderung der berufsbegleitenden Weiterbildung stark. Sie will die betriebliche Ausbildung stärken und modulare Ausbildungsgänge einführen. Das „rot-grüne Studiengebührenverbot" hält die CDU/CSU für einen wenig hilfreichen Eingriff in die Kulturhoheit der Länder. Die Studienplatzvergabe will sie abschaffen.

SPD

Im ‚Regierungsprogramm 2002 - 2006' der SPD heißt es: „Eine gute Bildungspolitik ermöglicht Chancen für alle, unabhängig von ihrer Herkunft." Bildung ist für die SPD „die

soziale Frage des 21. Jahrhunderts". Mit dem heutigen Niveau der Bildungsinstitutionen ist sie nicht zufrieden. Neben einem von der sozialen Herkunft unabhängigen Zugang zu den Bildungswegen fordert die Partei den Ausbau der Begabten- und Benachteiligtenförderung, die Vermittlung von Werten und Regeln durch das Bildungssystem sowie eine verbesserte Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen und Bildungswegen. Neue Möglichkeiten der Bildungsfinanzierung wie Sponsoring oder Stiftungen will die SPD vermehrt nutzen.

„Höhere soziale Integration an Schulen" führt nach Meinung der SPD zu besseren Leistungen. Sie will mehr Ganztagsschulen einrichten (10.000 zusätzliche Ganztagsschulen bis zum Jahr 2007), indem sie die Betreuungs- und Bildungsangebote der Länder und Kommunen finanziell stärker als bisher unterstützt. Mit der Einrichtung „betrieblicher Ausbildungsverbünde" möchte die SPD bestehende regionale Ungleichgewichte zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage abfedern und Beratungsangebote für Betriebe und Jugendliche schaffen. Hochschulen sollen „bei Wahrung der qualitativen Standards für die Absolventen der dualen Ausbildung offen stehen". Gleiches gilt für Studienwillige aus einkommensschwachen Familien. So soll die Zahl der Studienanfänger von heute 28 Prozent eines Jahrganges auf das OECD-Niveau von etwa 40 Prozent gesteigert werden.

Thema: BESCHÄFTIGUNG

Lesen Sie hierzu auch unseren Artikel zur ‚Hartz-Kommission', S. 10.

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen rücken den gesellschaftlichen Wandel der Arbeitswelt und des Arbeitsbegriffes in den Mittelpunkt ihrer programmatischen Aussagen zur Beschäftigungspolitik. Im Zentrum einer solidarischen Reformpolitik müsse „die Orientierung am Ziel einer Vollbeschäftigung neuen Typs stehen, die für alle die Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten ermöglicht". Nach wie vor orientiere sich die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik fast ausschließlich am Ideal der lebenslangen Voll-Erwerbstätigkeit. So könne sie den sich wandelnden Parametern des Beschäftigungssystems immer weniger gerecht werden, in dem neben der klassischen Erwerbsarbeit eben auch gesellschaftlich notwendige, wenngleich unbezahlte Arbeitsformen wie die Familienarbeit oder die breite Palette ehrenamtlicher Tätigkeiten stehen. Aus Sicht der Grünen ist daher ein „nachhaltiger Abbau der Massenarbeitslosigkeit ohne eine gerechte Um- und Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit - gerade auch zwischen Männern und Frauen - nicht vorstellbar". Gleiches gelte im übrigen für die Verteilungsbalance zwischen den Generationen: Altersteilzeit solle zukünftig nur noch dann gefördert werden, „wenn sie nicht dazu benutzt wird, ältere Arbeitnehmer in die Rente zu drängen oder Arbeitsplätze wegzurationalisieren".

Es überrascht nicht, daß die Grünen auch in der Energiewende einen Motor für mehr Beschäftigung sehen. Die Grünen plädieren für die Beibehaltung der Ökosteuer und für eine Umschichtung staatlicher Subventionen zugunsten umweltorientierter Beschäftigungsverhältnisse: Es könne nicht angehen, daß ein Arbeitsplatz im Steinkohle-Bergbau mit 81.000,- Euro pro Jahr subventioniert werde, ein Arbeitsplatz im Bereich der erneuerbaren Energien dagegen mit gerade mal 810,- Euro.

FDP

Unter dem Motto ‚Steuern runter - Jobs rauf' macht sich die FDP für spürbare Steuersenkungen stark. Diese seien „das beste Beschäftigungsprogramm". Die Partei plädiert nicht nur für einen vereinfachten Einkommensteuer-Stufentarif mit einem Spitzensteuersatz von 35 Prozent, sondern auch für den Wegfall der Gewerbesteuer. So könnten „die Bürger wieder mehr Eigenverantwortung übernehmen, (und) Unternehmen erhalten neuen finanziellen Spielraum für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen." Dagegen seien „Steuerhöhungen mit dem Etikett Ökosteuer (...) unsozial und ungerecht". Sie muß daher nach Meinung der FDP rückgängig gemacht werden.

Zudem fordert die FDP eine grundlegende Reform der Arbeitsmarktpolitik „mit dem Ziel der Erleichterung von Neueinstellungen". Die aktive Arbeitsmarktpolitik - und hier insbesondere die Vergabe von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen - müsse „entschlossen gestrafft werden". Im Zuge einer Neuorganisation und Privatisierung von Arbeitsberatung und -vermittlung sollten „die Bundesanstalt für Arbeit in eine reine Versicherungsanstalt umgewandelt" und die Kernaufgaben der Arbeitsmarktpolitik einer eigens einzurichtenden Bundesbehörde übertragen werden. Die Landesarbeitsämter will die FDP ganz abschaffen. Weitere beschäftigungspolitische Forderungen der FDP sind unter anderem die Lokkerung des Kündigungsschutzes für Arbeitnehmer, der Rückbau verschiedener Regelungen des Beschäftigungsschutzes für Frauen, die Verkürzung der Arbeitslosengeld-Bezugsdauer, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (siehe Thema **‚Sozialleistungen'**), die Liberalisierung der Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit), die Abschaffung des Flächentarifes beziehungsweise der Vorrang innerbetrieblicher Vereinbarungen mit untertariflichen Standards, der Ausbau des Niedriglohn-Sektors sowie die Verhinderung einer Tariftreueregelung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

PDS

Die PDS will eine emanzipative und solidarische Beschäftigungspolitik mit den Zielen einer „neuen Vollbeschäftigung" und einer „nachhaltigen, sozialökologischen Entwicklung der Gesellschaft" verwirklichen. Auf die „soziale Blindheit der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte" will sie sich dabei nicht verlassen. Den vielfach geäußerten Forderungen nach verbesserten Standortbedingungen für die Unternehmen setzt sie daher die Belange der Arbeitnehmer entgegen: „Die Einkommens- und Lebensinteressen der Menschen müssen gegenüber den Profitinteressen, zumal denen der Banken und transnationalen Großkonzerne, durchgesetzt werden."

Insofern plädiert die PDS für ein nachhaltigeres Engagement des Staates im Bereich der öffentlichen Investitionen und für eine Stärkung der Binnennachfrage durch sozial gerechte Lohn- und Steuerpolitik. Sie fordert ein „Sofortprogramm für kommunale Investitionen". Die Mittelvergabe in der Wirtschafts- und Strukturförderung soll verbindlicher als bisher an konkrete Beschäftigungsziele gekoppelt werden. Eine weitere Aushöhlung ▶

der Tarifautonomie lehnt die PDS ebenso ab wie die gegenwärtige politische Linie, Arbeitslose in den Niedriglohnsektor zu drängen und gleichzeitig Großunternehmen und Banken steuerlich zu entlasten. Sie fordert die Einbeziehung der Arbeitslosen in den Dialog der Tarifvertragsparteien und die Absicherung der Tarifregelungen gegenüber untertariflichen Vereinbarungen auf Betriebsebene. Wichtige Instrumente der Beschäftigungssicherung sieht die Partei zudem in der „Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich", in der Einbeziehung bislang unbezahlter Familien- oder Pflegearbeit in das Konzept der Arbeitszeitverkürzung sowie in der Umwandlung von Überstunden in neue Arbeitsplätze.

CDU/CSU

Die CDU/CSU verspricht „Arbeit und Wohlstand für alle". Mit ihrem ‚Drei-Säulen-Modell' will sie den Motor für mehr Wachstum und Arbeitsplätze wieder ankurbeln: Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent, Senkung des Spitzensteuersatzes auf unter 40 Prozent, Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent. Unter dem Motto ‚Chancen fördern, Hemmnisse abbauen' intendiert sie eine weitgehende Deregulierung des Arbeitsmarktes. Hierzu gehören: die Aufhebung des rot/grünen Scheinselbständigengesetzes, die mittelfristige Abschaffung der Ökosteuer, der Ausbau des Niedriglohn-Sektors durch die Aufstockung der 325-Euro-Grenze auf 400 Euro und die Reduzierung der Sozialabgaben bei Einkommen bis zu 800 Euro monatlich, die Streichung des generellen Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (siehe Thema ‚**Sozialleistungen**'), die erleichterte Befristung von Arbeitsverhältnissen, der weitere Ausbau der Leiharbeit sowie die Rücknahme der „kostentreibenden Teile" des neuen Betriebsverfassungsgesetzes.

Die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose sollen nach dem Willen der CDU/CSU verschärft und die Beweislast, ob eine Stelle zumutbar ist oder nicht, zu Lasten des Arbeitslosen umgekehrt werden. Nicht zuletzt mit Blick auf die Einrichtung von ‚Job-Centern' und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sieht die CDU/CSU „Einsparpotentiale bei der Bundesanstalt für Arbeit". Sie soll „dezentralisiert und gestrafft", die Vermittlungsleistung „durch mehr Wettbewerb mit privaten Anbietern verbessert" werden.

SPD

Mit dem Ziel, „den Wohlstand zu sichern und zu steigern", will die SPD die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern, indem sie unter anderem den Mittelstand mehr als bisher fördert, die Qualifizierungs- und Vermittlungsaktivitäten der Arbeitsämter intensiviert, die Steuer- und Abgabenlast der Bürger senkt und die öffentlichen Investitionen hochfährt. Im Hinblick auf die angestrebte Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven setzt die SPD auf die Fortführung des Bündnisses für Arbeit und auf die konsequente Anwendung des ‚Job-AQTIV-Gesetzes'. Tarifautonomie und Flächentarifvertrag stehen für die SPD nicht zur Disposition.

Neben der bundesweiten Ausdehnung des Mainzer Kombilohn-Modells, das die Attraktivität des Niedriglohn-Sektors für gering qualifizierte Arbeitslose erhöhen soll, setzt die SPD „vor dem Hintergrund eines beklagten Fachkräftemangels" auf eine „breit angelegte, nachhaltige Offensive ‚Arbeit und Qualifizierung' als beschäftigungspolitischen Impuls". Vor allem will sie die vorhandenen Weiterbildungsangebote verbessern und „mit jeweils klarer Zukunfts- und Marktorientierung" ausstatten, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe verzahnen (siehe Thema ‚**Sozialleistungen**'), Teilzeit- und Zeitarbeit „gestalten und dabei soziale Sicherheit gewährleisten", Überstunden abbauen, die Verteilung der Lebensarbeitszeit flexibilisieren und Beschäftigungspotentiale im Arbeitsmarkt für einfache, personenbezogene Dienstleistungen erschließen. Auch die SPD stellt Tätigkeit und Organisation der Bundesanstalt für Arbeit auf den Prüfstand: Sie „und insbesondere die Arbeitsvermittlung werden grundlegend reformiert und modernisiert".

Thema: SOZIALLEISTUNGEN

Aus Platzgründen ist es hier nicht möglich, sämtliche Versprechungen oder Drohungen vom Kindergeld bis hin zur Riester-Rente unter die Lupe zu nehmen. Deshalb müssen wir uns auf einige zentrale Punkte beschränken.

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen haben sich vorgenommen, in der nächsten Legislaturperiode die Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen, denn: „Kinderarmut ist ein Skandal." Sie entwickeln ein Modell der Kindergrundsicherung, das das Kindergeld um bis zu 100 Euro aufstocken soll. Die Kosten hierfür, die sie auf rund 2,5 Milliarden Euro beziffern, wollen die Grünen „durch ein konsequentes Abschmelzen des Ehegattensplittings im oberen Einkommensbereich" hereinholen. Zudem treten sie dafür ein, „daß die Haushalts- und Finanzpolitik dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet ist."

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt sprechen sich die Grünen gegen eine flächendeckende Subventionierung des Niedriglohnbereichs und gegen eine Verschärfung von Sanktionen gegen Arbeitslose aus. Stattdessen plädieren sie für eine Senkung der Lohnnebenkosten, die sie unter anderem durch die Einbeziehung von Selbständigen und Beamten in die Sozialversicherung und durch die Berücksichtigung von Vermietungs- und Kapitalerträgen als sozialversicherungspflichtige Einkünfte erreichen wollen. Auch in der Steuerfreistellung der Sozialversicherungsbeiträge und in der konsequenten nachgelagerten Besteuerung aller Sozialabgaben sehen die Grünen ein wirksames Element der Beschäftigungsförderung. Die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe wollen sie in einer „bedarfsorientierten Grundsicherung zusammenfassen, die tatsächlich Armut verhindert". Eine Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau lehnen die Grünen ab. Im Gegenteil: „Die Bezugsbedingungen der Grundsicherung sollen denen der Arbeitslosenhilfe angeglichen werden."

FDP

Die FDP will „die sozialen Sicherungssysteme schrittweise vom Beschäftigungsverhältnis lösen": Nach ihrer Auffassung sollte es „der freien und individuellen Entscheidung eines jeden Bürgers überlassen sein, wie und wo er seiner Versicherungspflicht für die großen Risiken nachkommt." Im Hinblick auf die notwen-

dige Absicherung gegenüber Lebensrisiken wie Armut, Arbeitslosigkeit oder Krankheit setzt die FDP auf so wenig Staat wie möglich. Vielmehr fordert sie für jeden Bürger, also auch für jedes Kind, eine steuerliche Freistellung des Existenzminimums von 7.500 Euro und darüber hinaus direkte, steuerfinanzierte Sozialversicherungs-Beitragszuschüsse an die Familien.

Um den „Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen", will die FDP die Arbeitslosengeld-Bezugsdauer auf zwölf Monate begrenzen. Parallel dazu muß ihrer Meinung nach als erster Schritt zur Einführung des von ihr vorgeschlagenen „Bürgergeldes" die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zusammengefaßt werden. Dies gehe einher mit einem „Transfer-System, das auch im Niedriglohn-Sektor Arbeitsanreize erhält" - und zwar dadurch, daß die Freibeträge bei der Anrechnung des Erwerbseinkommens auf die Sozialleistungen erhöht werden. Bis zur Einführung des Bürgergeldes müsse die Sozialhilfe „so ausgestaltet werden, daß sie einerseits den tatsächlich Bedürftigen ein Leben in Würde ermöglicht, andererseits aber zugleich die Selbständigkeit aller Hilfeempfänger stärkt und den Leistungsmißbrauch vermeiden hilft". Und: „Vorhandene Sanktionsmechanismen müssen in Zukunft straffer und stärker angewandt werden."

PDS

Für die PDS bleibt die Gewährleistung sozialer Sicherheit eine der Hauptaufgaben des demokratischen Staates: „Gesicherte soziale Rechte und das Freisein von existenziellen Ängsten sind Bedingungen für eigenverantwortliches Handeln, Initiative und Risikobereitschaft." Die PDS stellt die Erneuerung des Solidarprinzips und seine Stärkung gegenüber reinen Markt- und Leistungsmechanismen in den Mittelpunkt ihrer Sozialstaatskonzeption.

So plädiert die Partei unter anderem für die Ausweitung der Versicherungspflicht auf die Erwerbseinkommen von Beamten, Selbständigen oder Abgeordneten und dafür, daß die Arbeitgeberanteile an den Sozialbeiträgen künftig nicht mehr nach der Lohnsumme, sondern nach der Wertschöpfung des Unternehmens berechnet werden. Sie hält an ihrem Ziel einer bedarfsorientierten und steuerfinan-

Die SPERRE fragt ...

... Andrea Helling, Kandidatin der PDS in Steinfurt.

SPERRE: Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten wird zukünftig eher zu- als abnehmen. Ist das ‚Boot Deutschland' voll?

Helling: Eine Einwanderungsgesellschaft macht das Leben bunter und spannender. Das Zusammenleben verläuft natürlich nicht immer spannungsfrei. Deshalb muß die Einwanderungspolitik so gestaltet werden, daß alle hier Lebenden und die Einwanderungswilligen Möglichkeiten bekommen, ihre durchaus sehr unterschiedlichen Interessen durchzusetzen.

Aber es darf nicht nach Kapitalinteressen sortiert werden - nach dem Motto: Sind die Einwanderungswilligen für die Wirtschaft nützlich oder weniger nützlich?

SPERRE: Nach unterschiedlichen Schätzungen fehlen in Deutschland 4,5 bis 6,5 Millionen Arbeitsplätze. Ist die Erhöhung des Druckes auf Arbeitslose das richtige Rezept, um diese Lücke zu schließen?

Helling: Niemand darf gezwungen werden, Jobs quer durch die Republik zu folgen, bei Zeitarbeitsfirmen zu arbeiten oder Jobs weit unterhalb der eigenen Qualifikation anzunehmen! Das schafft Frust statt Lust! Reformen und Reförmchen haben uns bislang ebenso wenig weitergebracht wie der Ausbau des Niedriglohnsektors. Investitionen in Infrastruktur, Bildung, ökologischen Umbau, Dienstleistungssektor - dies bietet Möglichkeiten für existenzsichernde Arbeitsplätze.

SPERRE: Bildung ist eine Schlüsselressource unserer Gesellschaft. Welchen Stellenwert hat für Sie die Chancengleichheit der Menschen beim Zugang zum Bildungssystem?

Helling: Chancengleichheit muß für jeden erlebbar werden. Also: Gebührenfreiheit von der KiTa bis zur Weiterbildung! Niemand soll aus finanziellen Gründen auf Bildungsangebote verzichten müssen.

Noch ist es aber so, daß bei uns der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung besonders stark ausgeprägt ist. Bildung ist ein Menschenrecht und soll als solches als Grundrecht im Grundgesetz verankert werden. Ein selbstbestimmtes Leben ist ohne Bildung nicht möglich.

SPERRE: Sind Sie für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe? Und wenn ja - auf welchem Niveau?

Helling: Wichtiger und wirksamer als jede Arbeitslosenhilfereform ist die Schaffung von Arbeitsplätzen! Die angedachte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe aber stellt die Arbeitslosenversicherung insgesamt in Frage. Denn sie bietet keine dauerhafte Absicherung gegen Arbeitslosigkeit mehr. Arbeitslosigkeit darf nicht zum Sozialamt führen. Wir brauchen die Sicherheit einer sozialen Grundsicherung in Deutschland - diese muß mindestens 725 Euro betragen; für alle Menschen in allen Lebenslagen.

Die SPERRE fragt ...

... Ruprecht Polenz, den münsterschen Kandidaten der CDU.

SPERRE: Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten wird zukünftig eher zu- als abnehmen. Ist das ‚Boot Deutschland' voll?

Polenz: Diese Wortwahl halte ich für falsch. Richtig ist aber, daß wir viel größere Anstrengungen – übrigens auf beiden Seiten – unternehmen müssen, um die bei uns lebenden Ausländer zu integrieren.

SPERRE: Nach unterschiedlichen Schätzungen fehlen in Deutschland 4,5 bis 6,5 Millionen Arbeitsplätze. Ist die Erhöhung des Druckes auf Arbeitslose das richtige Rezept, um diese Lücke zu schließen?

Polenz: Die Union wird die Investitionsfähigkeit des Mittelstandes stärken. Hier entstehen die meisten Arbeitsplätze. Außerdem wollen wir die Gründung neuer Existenzen voranbringen. Jede Existenzgründung schafft circa drei neue Arbeitsplätze. Aber: Wer arbeitet, muß mehr verdienen als wenn er nicht arbeitet. Arbeitslose müssen sich um Arbeit bemühen, weiterqualifizieren oder gemeinnützige Arbeit leisten. Sie werden dabei individuell gefördert durch Vermittlung, Betreuung und Qualifizierung in Job-Centern.

Zudem will die Union neue Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich schaffen. So soll zum Beispiel die 325-Euro-Grenze auf 400 Euro angehoben werden, verbunden mit der Streichung von Sozialabgaben.

SPERRE: Bildung ist eine Schlüsselressource unserer Gesellschaft. Welchen Stellenwert hat für Sie die Chancengleichheit der Menschen beim Zugang zum Bildungssystem?

Polenz: Bildung ist die Grundlage persönlicher Entwicklungschancen und gesellschaftlicher Teilhabe. Zugang zu Bildung darf nicht abhängig sein von der sozialen Herkunft, ihre Qualität nicht abhängen von dem betreffenden Bundesland. Unser Schulsystem muß sicherstellen, daß Schreiben, Lesen, Rechnen von allen sicher beherrscht werden. Jugendliche sind begabungsgerecht zu fördern - egal ob sie Wissenschaftler oder qualifizierter Facharbeiter werden wollen.

SPERRE: Sind Sie für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe? Und wenn ja - auf welchem Niveau?

Polenz: Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und Zusammenarbeit der Ämter in Job-Centern sollen Arbeitslose besser gefördert und auch gefordert werden. Die Einrichtung von Job-Centern ermöglicht eine effizientere Arbeitsvermittlung vor Ort und erleichtert den Umgang mit Behörden. Entsprechend seiner individuellen Situation soll jedem Leistungsempfänger Arbeit angeboten werden. Wer eine zumutbare Tätigkeit jedoch ablehnt, muß mit der Kürzung von Leistungen rechnen.

zierten sozialen Grundsicherung fest, die ein Einkommen von 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens garantieren soll. Das Kindergeld will sie stufenweise zu einer existenzsichernden Grundsicherung für Kinder ausbauen beziehungsweise kurzfristig auf 210 Euro je Kind erhöhen. Dem Vorhaben anderer Parteien, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen, erteilt die PDS eine klare Absage. Stattdessen will sie auch hier eine Grundsicherung einführen, die Arbeitslose und Beschäftigte vor der entwürdigenden und „ruinösen Konkurrenz der Arbeit um jeden Preis" schützt und zudem die kommunalen Haushalte von den unmittelbaren Kosten der Arbeitslosigkeit entlastet.

CDU/CSU

In ihrer sozialen Programmatik orientiert sich die CDU/CSU sehr stark am Leitbild der Familie als Keimzelle der Gesellschaft: „Der Zusammenhalt in den Familien ist die Grundlage für die Solidarität in unserer Gesellschaft." Deshalb wollen die beiden Parteien „die Alternative Familie oder Beruf überwinden", die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten verbessern und ein „Familiengeld" einführen. Dieses soll verhindern, daß Familien in die Sozialhilfe rutschen, weil sie die Kosten für ihre Kinder nicht aufbringen können, und ab dem Jahr 2004 stufenweise das Kindergeld und das Erziehungsgeld ablösen. Es soll für Kinder gezahlt werden, die in Deutschland leben. Am Ehegatten-Splitting hält die CDU/CSU fest.

Im Bereich der Sozialversicherung wollen CDU und CSU den Bürgern „mehr Möglichkeiten zur Eigenvorsorge geben", indem sie die Beitragssätze von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf unter 40 Prozent senken. Die CDU/CSU wendet sich gegen eine Verkürzung der Arbeitslosengeld-Bezugsdauer für ältere Arbeitslose. Arbeitslosen- und Sozialhilfe will sie allerdings „zusammenführen". Auf welchem Leistungsniveau, steht zwar nicht im Wahlprogramm. Doch bei der Präsentation des ‚Stoiber/Späth-Konzeptes' zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konkretisierte der Kanzlerkandidat: Die CDU/CSU will die neue Sozialleistung mittelfristig in Höhe des Sozialhilfe-Niveaus deckeln.

SPD

Die SPD will in den kommenden Jahren eine „qualitative Konsolidierung" der Staatsfinanzen einleiten, indem sie unter anderem „soziale Leistungen zielgenau einsetzen" wird. Dabei rückt auch sie die Familie ins Zentrum ihrer sozialpolitischen Konzeption. Neben dem vorrangig verfolgten Ziel, die Betreuungssituation zu verbessern, will die SPD das Kindergeld „mittelfristig auf den Betrag von 200 Euro anheben" und vor allem Alleinerziehende entlasten, indem sie die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten bei Berufstätigkeit verbessert. Das Ehegatten-Splitting will die SPD nicht abschaffen, aber „zugunsten der Förderung von Kindern umgestalten".

Die Sozialhilfe möchte die SPD mit dem Ziel reformieren, „daß arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger schneller und sicherer in Arbeit kommen und gleichzeitig das Lohnabstandsgebot gewahrt bleibt". Die Sozialhilfe soll künftig eine „aktivierende, fallbezogene Dienstleistung" sein und nach dem Prinzip „Fördern und Fordern" dazu beitragen, daß die Integration der Hilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt verbessert wird. Darüber hinaus ist es auch für die SPD erklärtes Ziel, „Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu verzahnen". Ausdrücklich stellt sie aber klar: „Dabei wollen wir keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau."

Thema: ZUWANDERUNG

Nach dem unwürdigen Geschacher im Bundesrat ist das rot-grüne Zuwanderungsgesetz zwar in Kraft. Die Rechtmäßigkeit seines Zustandekommens wird derzeit jedoch - mit ungewissem Ausgang - vom Verfassungsgericht geprüft.

Bündnis 90 / Die Grünen

„Deutschland ist ein Einwanderungsland." Und: „Das Asylrecht ist ein unveräußerliches Menschenrecht." Um diese beiden Kernsätze herum entwickeln die Grünen ihr zur Wahl stehendes Zuwanderungskonzept. Aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen sei Deutschland auf Zuwanderung angewiesen. Die Grünen wollen eine „Integrationsoffensive" und fordern für dauerhaft hier lebende Ausländer einen „gleichberechtigten Zugang zum gesellschaftlichen und politischen Leben". Sie wollen die Integration der hier lebenden Migranten und Flüchtlinge forcieren, indem sie die Sprachförderangebote des Bundes weiterentwickeln, die interkulturelle Erziehung in den Kindergärten fördern und nicht zuletzt dem öffentlichen Dienst eine Vorreiterrolle bei der Ausbildung und Einstellung von Einwanderern zuweisen.

Was das Asylrecht angeht, erteilen die Grünen allen Versuchen, Arbeitsmigration und menschenrechtlich begründeten Flüchtlingsschutz gegeneinander auszuspielen, eine klare Absage. Sie setzen sich dafür ein, „daß sowohl die deutsche als auch die europäische Flüchtlingspolitik auf der uneingeschränkten und umfassenden Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention aufbaut." Hier verweisen sie insbesondere auf die anzustrebende Beseitigung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, auf die Anerkennung von geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung als Fluchtgründe, auf eine möglichst baldige Legalisierung illegal in Deutschland lebender Flüchtlinge und darauf, daß auch die Flüchtlinge und Asylbewerber Zugang zu Arbeitsplätzen haben müssen, die ihrer Qualifikation entsprechen.

FDP

Auch die FDP erkennt, daß Deutschland „seit Jahren faktisch ein Einwanderungsland" ist. Sie bezieht sich auf ihren eigenen Gesetzentwurf zur Regelung der Zuwanderung und Integration von Ausländern und unterstreicht, daß klare und transparente Regelungen dazu beitragen, „teilweise noch vorhandene Ängste in der Bevölkerung abzubauen sowie das Klima für die Integration der bereits hier lebenden und der künftig zuwandernden Ausländer zu verbessern." Neben der Wahrung der humanitären Verpflichtungen Deutschlands und der Verbesserung der Integrationsbemühungen hebt die FDP eine „stärkere Ausrichtung der Zuwanderung am eigenen Interesse unseres Landes" hervor. Vor allem mit Blick auf den Arbeitsmarkt bedeute dies, daß die Qualifikation von in Deutschland lebenden Arbeitslosen gleichberechtigt neben der Zuwanderung von Fachkräften stehen müsse. Einwanderungsrechtliche Hürden für ausländische Studierende will die FDP ebenso abbauen wie beispielsweise Arbeitsverbote für mit zugewanderte Ehegatten.

Die FDP setzt sich für eine Beschleunigung sowohl der Asylverfahren als auch der Abschiebung nicht anerkannter Asylbewerber ein. Sie plädiert dafür, die Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen und die Schutzsuche wegen politischer oder sonstiger Verfolgung im Sinne eines „Zwei-Türen-Modells" unabhängig voneinander zu organisieren. Die illegale Einreise von Ausländern will sie konsequent bekämpfen. Was die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer angeht, fordert sie unter anderem einen freien Zugang zum Arbeitsmarkt („Arbeitsverbote schaden der deutschen Wirtschaft und den betroffenen Menschen."), die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen sowie Sprachkurse, die für die Zuwanderer verpflichtend sind und „eine angemessene Beteiligung an den Kosten vorsehen".

PDS

Die Bundesrepublik Deutschland „ist ein Einwanderungsland", sagt auch die PDS. Sie betont, „daß die Menschenwürde und die Menschenrechte nicht teilbar sind" und fordert daher „offene Grenzen für Menschen in Not". Sie setzt sich für die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgründe und für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit seinen die Flüchtlinge diskriminierenden Sonderregelungen ein. Mit Blick auf die illegal hier lebenden Flüchtlinge, „die oft Opfer skrupelloser Ausbeutung" seien, tritt die PDS „für die Schaffung von Perspektiven eines legalen Aufenthaltes" und „für eine EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik auf der Basis menschenrechtlicher Standards" ein. Sie erteilt der Abschottungsphilosophie des Artikels 16a Grundgesetz ebenso wie den EU-Regelungen des ‚Schengener Abkommens', die beide auf die Abwehr von Flüchtlingen ausgerichtet seien und so die Genfer Flüchtlingskonvention untergrüben, eine klare Absage. Zudem verlangt die PDS „die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention".

Für die Menschen, die nach Deutschland kommen, will die PDS „eine rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechtes" erkämp-

Die Wahl der Qual?

Ein Kommentar von unserem Redaktionsmitglied Michael Weist

Herr Scharping. Herr Rüther. Herr Wienand. Herr Kremendahl. Herr Özdemir. Herr Gysi. Herr Schelter. Herr Schäuble. Herr Kanther. Herr Späth. Ach ja, richtig: Herr Kohl ...

Was diese ‚Herr'-schaften verbindet? Eine ganze Menge! Allesamt haben sie auf der ungemütlichen Spitze eines Eisbergs Platz genommen, wenn auch nicht ganz freiwillig. Allesamt sind (oder waren) sie Politiker. Parteipolitiker, um genau zu sein. Von uns gewählte Parteipolitiker, um ganz genau zu sein, die es mit ihrem Wählerauftrag nicht so genau nahmen. Die ihn, im Gegenteil, auf Euro komm raus verhunzigerten. Die sich selbst und/oder ihre Partei auf armselige Weise bereicherten. Die nicht nur fünf, sondern auch schon mal ein paar Milliönchen gerade sein ließen. Die nach guter alter Geflogenheit privat um den Globus oder doch immerhin nach Pilati jetteten - auf Kosten der Steuerzahler, versteht sich. Die die Abzocke mehr oder weniger unverschämt inszenierten (Erinnern Sie sich noch an die unsäglichen „jüdischen Vermächtnisse" der Hessen-CDU?) oder doch stillschweigend duldeten. Die daraufhin abtreten mußten. Oder auch nicht. Die wieder da sind. Die - beispielsweise im ‚Kompetenzteam' des Herrn Stoiber - mit einem immer noch von traumhaften Traumschiff-Kreuzfahrten zehrenden Lächeln aus dem politischen Bermuda-Dreieck auftauchen, in das die bösen Medien sie weiland hatten sinken lassen.

Schrecklich, diese Medien. Nehmen immer alles so genau. Legen immer alles auf die Goldwaage. Zerren immer alles in die Öffentlichkeit. In den Schmutz gar! Wie findet man denn sowas?! Also: Ich finde das gut. (Womit ich nicht dem Scheckbuch-Journalismus oder der gezielten Diffamierung Einzelner im Stil einer bekannten blöden Tageszeitung das Wort rede.) Und zwar nicht nur zur Vorwahlzeit. Und auch nicht nur, weil ich einen Job bei einer Zeitung habe. Sondern zuallererst, weil ich Wähler bin. Und bleiben möchte. Weil ich die Vorbildfunktion der Politik immer noch ernst nehme. Weil ich aber auch wissen will, von woher der Fisch stinkt. Wenn er denn stinkt. Weil mir im Prinzip gar nichts anderes übrig bleibt, als mich bei meiner politischen Meinungsbildung auf die Kritikfähigkeit der Medien und auf ihre Funktion als gesellschaftliches Korrektiv zu verlassen. Weil ich in meinem und im Interesse der vielen ehrlichen Politikerinnen und Politiker an der Basis auch künftig darauf vertrauen will: Ich weiß, wen ich noch wählen kann. Aber eben auch, wen nicht.

Apropos Vorwahlzeit: Das ist ja immer auch die Zeit des schönen Scheins und der fadenscheinigen Versprechungen. Da wird mal so richtig und ohne Rücksicht auf die Verluste anderer aus dem Vollen geschöpft! Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger jedoch gucken - wie gehabt - in die Röhre. Ihnen will man - wie gehabt - Beine machen. Warum um alles in der Welt tun (fast) alle Parteien so, als könne man den Arbeitsmarkt kurieren, indem man den Druck auf die Arbeitslosen zum soundsovielten Mal erhöht? Wieso kommt (fast) kein Politiker auf die doch naheliegende Idee, mehr Druck auf die Nieten in Nadelstreifen zu machen, die ungerührt und - vor allem - ungestraft ein Unternehmen nach dem anderen vor die Wand fahren dürfen? Wie kann es sein, daß ein Manager - nennen wir ihn Herrn Lederer - ein Unternehmen mit 22.000 Beschäftigten - nennen wir es Babcock-Borsig - erst kaputtwirtschaftet und sich dann, kaltlächelnd und guter Dinge, von denen, die auf ihn gezählt und die - im Gegensatz zu ihm - sogar auf Teile ihres Lohnes verzichtet hatten, zu verabschieden: in einen neuen, mit einer Million Euro pro Jahr dotierten Vorstandsjob übrigens, der ihm „mehr Spaß macht" als die mühselige Rettung ihm anvertrauter Arbeitsplätze. Wie kann es sein, daß sich Großunternehmen wie Siemens oder die Deutsche Bank für die wirklich großzügigen rot-grünen Steuergeschenke damit revanchieren, daß sie ihre Mitarbeiter in Tausender-Losen auf die Straße setzen? Steht eigentlich der Satz „Eigentum verpflichtet" noch im Grundgesetz? Ich habe nachgeschaut: ja (Art. 14 Abs. 2).

Jetzt kann ich es einfach nicht länger verschweigen. Ich muß mich outen: Ich bin für die große Koalition! Wenn nämlich Herr Schröder und Herr Hartz die Arbeitslosigkeit auf einen Streich halbieren (erst nach der Wahl, versteht sich) und Herr Stoiber und Herr Späth dann (also nach der Wahl ...) 1,7 Millionen neue Stellen auf das ‚Tischleindeck-dich' zaubern, nähern wir uns doch mit Siebenmeilenstiefeln der Vollbeschäftigung. Was für ein wunderschönes Vorwahlmärchen! Schauen wir mal, was nach der Wahl dabei rauskommt. Aber nach der Wahl ist ja immer auch vor der Wahl ...

fen. Den teilweise schon seit langem in Deutschland lebenden Migranten räumt sie ein „Recht auf Schutz und Förderung der Pflege ihrer Sprache, Kultur und Traditionen" ein. Sie fordert darüber hinaus einen wirksamen Schutz der Ausländer gegenüber dem Mißbrauch durch Lohn- und Sozialdumping sowie die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes.

CDU/CSU

„Deutschland", so die CDU/CSU, „ist ein weltoffenes und gastfreundliches Land." Gleichwohl stellt sie dem Zuwanderungskapitel ihres Wahlprogramms das Leitmotiv ‚Identität Deutschlands bewahren' voran. Die CDU/CSU ist überzeugt, daß sich der kulturelle Reichtum Deutschlands auch aus seiner „Offenheit für Anregungen aus aller Welt" speist. Anregungen, nicht Menschen. Denn: „Deutschland kann aufgrund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Situation ... kein klassisches Einwanderungsland ... werden." Dies zeigt sich nach Auffassung der Union auch an der hohen Ausländerarbeitslosigkeit und daran, daß „die Zuwanderung überwiegend nicht in Arbeitsplätze, sondern in die sozialen Sicherungssysteme" erfolge. Deshalb habe „die Qualifizierung einheimischer Arbeitskräfte Vorrang vor der Zuwanderung".

Die CDU/CSU will die Zuwanderung „stärker steuern und begrenzen als bisher". „Zuwanderungsanreize für nicht anerkennungsfähige Asylbewerber" und „Armutsflüchtlinge aus aller Welt" will die CDU/CSU „weiter einschränken". Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung sind für sie keine anerkennungsfähigen Asylgründe. Die Asylverfahren will sie beschleunigen. Das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinen gegenüber der Sozialhilfe niedrigeren Leistungen soll nach Auffassung der Union künftig für alle Flüchtlinge gelten, die „vorübergehend" in Deutschland leben. Und: „Die Leistungen sollen so ausgestaltet werden, daß von ihnen kein Anreiz ausgeht, nach Deutschland statt in ein anderes europäisches Land zu kommen." Deutschland habe, so die CDU/CSU, „keinen Mangel an Zuwanderung, sondern an Integration". Deshalb wolle man Ausländer integrieren. Dies setze allerdings „das Akzeptieren der Traditionen und Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft" voraus.

SPD

Wie die CDU/CSU vermeidet auch die SPD in ihrem Wahlprogramm den Begriff ‚Einwanderungsland', wenn sie konstatiert: „Deutschland ist ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land." Dennoch steht ihrer Meinung nach das ‚ob' von Zuwanderung „im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe" nicht zur Debatte, sondern die Frage, „wie sie im Interesse Deutschlands gesteuert werden kann". Die Aufnahmekapazitäten des Landes dürften nicht überfordert, inländische Arbeitsuchende nicht benachteiligt werden.

Die SPD verweist auf das Zuwanderungsgesetz und das neue Staatsbürgerrecht: Beide Gesetze wurden in der vergangenen Legislaturperiode von Rot/Grün realisiert. Sie steht „uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl". „Asylmißbrauch" wird sie dagegen „nicht tolerieren". Sie fordert ein einheitliches europäisches Asylrecht und will sich in Krisenregionen engagieren, um Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Bei der Integration der in Deutschland lebenden Ausländer setzt die SPD auf „verpflichtende staatliche Integrationsangebote und -kurse", an deren Kosten sich der Bund „beteiligen" werde. Im übrigen ist sie „gegen jede Verfestigung kultureller Parallelgesellschaften". mic

KAI Kinderhauser Arbeitslosen Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Vrbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr
mittwochs 14.30 bis 17 Uhr
donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr
und nach Vereinbarung
☎ 26 36 89
Fax 26 52 96 07
Josef-Beckmann-Str. 5
48 159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative im Stadtteil Kinderhaus, die umfassende soziale Begleitung und Beratung anbietet und dabei eng mit anderen Einrichtungen zusammenarbeitet.

Die SPERRE fragt ...

... Christoph Strässer, den münsterschen Kandidaten der SPD.

SPERRE: Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten wird zukünftig eher zu- als abnehmen. Ist das ‚Boot Deutschland' voll?

Strässer: Das Boot ist natürlich nicht voll. Migration wird es immer geben und auch geben müssen. Die Ursachen hierfür sind unterschiedlich. Zum einen ist es die humanitäre Pflicht eines reichen Landes wie der Bundesrepublik, Flüchtlinge aufzunehmen, die in ihren Heimatländern um ihr Leben fürchten müssen. Migration ist aber auch aus anderen Gründen sogar erforderlich, weil Migrantinnen und Migranten in vielen Bereichen der Wirtschaft geradezu benötigt werden. Deshalb ist es gut, daß die rot-grüne Koalition zum ersten Mal mit dem Zuwanderungsgesetz eine vernünftige und humane Regelung geschaffen hat. Aktuell im Vordergrund stehen muß dabei die Integration der bereits hier lebenden Migranten – dafür muß auch Geld in die Hand genommen werden!

SPERRE: Nach unterschiedlichen Schätzungen fehlen in Deutschland 4,5 bis 6,5 Millionen Arbeitsplätze. Ist die Erhöhung des Drukkes auf Arbeitslose das richtige Rezept, um diese Lücke zu schließen?

Strässer: Durch Druck auf Arbeitsuchende wird kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Ziel ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht die der Arbeitslosen. Bereits jetzt gibt es in allen Leistungsgesetzen sogenannte Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme einer neuen Beschäftigung. Werden sie nicht eingehalten, drohen auch jetzt schon Leistungskürzungen bis hin zur Leistungseinstellung. Es ist kein Verschulden der Arbeitslosen, wenn zu wenig Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Ziel muß es allerdings sein, zum einen die angeblich vorhandenen nicht besetzten 1,5 Millionen Arbeitsplätze auch der Arbeitsvermittlung zur Verfügung zu stellen und durch eine Neuorganisation der Arbeitsverwaltung bessere Vermittlungsergebnisse zu erzielen.

SPERRE: Bildung ist eine Schlüsselressource unserer Gesellschaft. Welchen Stellenwert hat für Sie die Chancengleichheit der Menschen beim Zugang zum Bildungssystem?

Strässer: Es ist das klassische sozialdemokratische Bildungsideal, dafür zu sorgen, daß der Zugang zu Bildung nicht vom Einkommen der Eltern oder der Zugehörigkeit zu privilegierten sozialen Gruppen abhängen darf. Deshalb darf es auch keine Studiengebühren geben! Gerade die PISA-Studie hat gezeigt, daß im europäischen Vergleich in Deutschland die Chancen für Kinder immer noch extrem vom sozialen Status ihrer Familien abhängen. Dies ist das Gegenteil von Gerechtigkeit! Deshalb ist es gut, mehr Geld für Ganztagsbetreuung schon im Vor- und Grundschulalter auszugeben und auch die Rahmenbedingungen für den Bezug von BAFöG deutlich zu verbessern, übrigens zum erstenmal seit 16 Jahren.

SPERRE: Sind Sie für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe? Und wenn ja - auf welchem Niveau?

Strässer: Es spricht aus meiner Sicht nichts dagegen, Verwaltungshandeln zu straffen und damit positive Effekte zu erzielen. Bei verschiedenen Modellversuchen, zum Beispiel dem ‚Job-Center' in Köln, hat sich gezeigt, daß eine solche Zusammenfassung von Aufgaben der Arbeits- und Sozialverwaltung unter einem Dach zu erheblich besseren Ergebnissen führen kann als bei dem jetzigen System. Allerdings darf es bei einer Zusammenlegung der Leistungssysteme nicht zu einer Anpassung nach unten kommen, also einer Absenkung des Niveaus der Arbeitslosenhilfe auf das der Sozialhilfe. Das Prinzip einer menschenwürdigen Grundsicherung muß gewahrt bleiben.

T E R M I N E

MONTAG

10^{00} Uhr - 11^{00} Uhr Terffen für Interessierte, freie Mitarbeiter und Praktikanten
20^{00} Uhr - 21^{30} Uhr Stammtisch für Arbeitslose und Interessierte (jeden 2. Montag im Monat)

DIENSTAG

10^{00} Uhr - 11^{30} Uhr Frühstück (jeden 1. Dienstag im Monat)
11^{00} Uhr - 12^{00} Uhr Politisches Forum (jeden 2. Dienstag im Monat)

DONNERSTAG

20^{00} Uhr - 21^{30} Uhr Offener Frauentreff (jeden 2. Donnerstag im Monat)

FREITAG

15^{00} Uhr Fahrradtour (jeden letzten Freitag im Monat)

bitte telefonisch anmelden

Sozialberatungen im *cuba*

Achtermannstr. 10–12
48143 Münster

Arbeitslosenberatung Offene Beratung ohne Voranmeldung **Tel. 51 19 29**	Mo. u. Do. Di. u. Do.	15.00–17.00 Uhr 09.00–12.00 Uhr u. nach Vereinbarung
sic – Sozialhilfeberatung im cuba **Tel. 5 88 56**	Di. bis Fr. Do.	09.00–12.00 Uhr 15.00–17.00 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende **Tel. 5 88 56**	Do.	9.00–12.00 Uhr u. nach Vereinbarung
Sozialhilfesorgentelefon **Tel. 4 35 44**	Mo.	15.00–17.00 Uhr
Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen **Tel. 51 19 29**		nach Vereinbarung

HÖRSTURZ „W.A.S. – Wohnen, Arbeit, Soziales" auf RADIO ANTENNE MÜNSTER jeden 4. Donnerstag im Monat von 18.04 Uhr – 18.56 Uhr.

MALTA

Achtermannstr.10 • 48143 Münster
Tel : 5 11 21 sperre @ muenster.de Fax 47914
Öffnungszeiten : Mo - Fr 10^{00} Uhr - 16^{00} Uhr

MÜNSTERS ARBEITSLOSENTREFF ACHTERMANNSTRASSE

AbM • Arbeitlose brauchen Medien e.V.